JAHRESABSCHLUSS UND ZUSAMMENGEFASSTER LAGEBERICHT 2017

Gute Ideen voller Energie.

PFALZWERKE

PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
Ludwigshafen am Rhein

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017
und Zusammengefasster Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Inhaltsverzeichnis Seite

Zusammengefasster Lagebericht PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT 2017 1
Jahresabschluss PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT 2017 31
1. Bilanz zum 31. Dezember 2017 32
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 33
3. Anhang des Geschäftsjahres 2017 34
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers 67

1. Grundlagen des Konzerns

Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ist die Konzernmuttergesellschaft einer innovativen Dienstleistungsgruppe für alle Themen rund um Erneuerbare Energien, Strom-, Gas- und Wärmeversorgung mit einem deutschlandweiten Vertriebsansatz und des führenden Netzbetreibers in der Pfalz und im Saarpfalz-Kreis, der Pfalzwerke Netz AG. Kunden des Konzerns sind Privat-, Geschäfts- und Industriekunden, Stadt- und Gemeindewerke sowie Kommunen. Darüber hinaus setzt die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT verstärkt auf ressourcenschonende Energiequellen wie Photovoltaik, Biomasse und Windkraft und engagiert sich so für zukunftssichere und umweltschonende Lösungen in der Wärme- und Stromversorgung. Aufgrund ihrer hohen technischen und kaufmännischen Kompetenzen und ihrer langjährigen Erfahrung ist die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ein zuverlässiger Partner für die Energiewende. Den Schwerpunkt legt der Energieversorger dabei auf seine operativen Geschäftsfelder – zuverlässige Netze, kundenorientierte Energiedienstleistungen sowie faire und transparente Geschäftsbedingungen für alle Kundensegmente.

Zum Pfalzwerke-Konzern gehören 38 Unternehmen, wie z. B. die Unternehmen Pfalzwerke Netz AG, PfalzKom, Gesellschaft für Telekommunikation mbH, PFALZSOLAR GmbH, Repa GmbH Elektrotechnik, FFR Fernwärmeversorgung Flugplatz Ramstein GmbH, Pfalzgas GmbH, pfalzwind GmbH, VOLTARIS GmbH oder prego services GmbH sowie zahlreiche Private-Public-Partnership-Gesellschaften im kommunalen Umfeld. Somit hat sich die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT zu einem bundesweit agierenden Multi-Utility-Anbieter mit attraktivem Produktportfolio entwickelt.

Das Aktienkapital der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT befindet sich überwiegend in kommunaler Hand. Der Bezirksverband Pfalz, als kommunale Gebietskörperschaft, hält 52,1 Prozent der Aktien. Zweitstärkster Anteilseigner ist die innogy SE mit 26,7 Prozent. Das übrige Aktienkapital verteilt sich auf die Stadt Ludwigshafen am Rhein (10,3 Prozent) und Übrige (10,9 Prozent; inkl. Belegschaftsaktionäre).

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1. Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Die deutsche Wirtschaft ist 2017 überdurchschnittlich gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 2,2 Prozent (Vorjahr: +1,9 Prozent). Positive Wachstumsimpulse kamen vor allem vom privaten Konsum, von den Bruttoanlageinvestitionen und vom Export.

Die Europäische Zentralbank (EZB) setzte 2017 ihre äußerst expansive Geldpolitik fort. Sie verlängerte das Anleihe-Kaufprogramm bis Ende September 2018, halbierte allerdings das Volumen ab Januar 2018. Der Leitzins verharrt weiterhin bei null Prozent und wird mindestens bis zur Beendigung des Kaufprogramms auf diesem Rekordtief bleiben. Ein Grund für die Beibehaltung der lockeren Geldpolitik ist die Inflationsrate in der Eurozone (1,4 Prozent im Dezember), die immer noch unter der Zielmarke der EZB von knapp 2 Prozent liegt. Folglich sind die Renditeerwartungen bei Finanzanlagen weiterhin gering und die Pensionslasten bei den Unternehmen auch mittelfristig hoch.

2.1.2. Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft

Entwicklung der Großhandelspreise

Nach der Trendwende im Vorjahr bewegten sich die Energiepreise 2017 weiter aufwärts. Der Kohlepreis stieg aufgrund des hohen Importbedarfs Chinas und der dortigen Reduzierung der Förderung insbesondere in der zweiten Jahreshälfte kräftig an. Die Terminpreise für Strom folgten der Entwicklung. Das Frontjahr, das im ersten Halbjahr zwischen 28 und 31,50 Euro/MWh notierte, kletterte zum Jahresende auf 37,50 Euro/MWh. Die Preise am Spotmarkt waren deutlich volatiler und schossen im Januar auf über 52 Euro/MWh, das höchste Niveau seit 2008. Die Gründe waren eine geringe Windeinspeisung, die eingeschränkte Verfügbarkeit der französischen Kernkraftwerke sowie die kalten Temperaturen. Danach normalisierte sich das Preisniveau in Folge hoher Windeinspeisung und milden Wetters auf Werte um 30 Euro/MWh und blieb – abgesehen von einem kurzfristigen Anstieg auf über 40 Euro/MWh im November – bis zum Jahresende in diesem Bereich. Mitte Oktober kam es zu den mit Abstand höchsten bisher aufgetretenen Preisen für Ausgleichsenergie in Höhe von 20.614 bzw. 24.455 Euro/MWh in zwei Viertelstunden, nachdem ein Abruf in der Minutenreserve zu einem Preis von 77.777 Euro/MWh erfolgt war.

Der Gasmarkt entwickelte sich im Gesamtjahr 2017 tendenziell seitwärts. Die Spotpreise wiesen die typische Saisonabhängigkeit auf mit Preisen bis 24 Euro/MWh im Februar, einem Rückgang bis etwa 15 Euro/MWh in den Folgemonaten und ab August wieder anziehenden Notierungen, die im Dezember durchschnittlich bei 21 Euro/MWh lagen. Der Terminmarkt zeigte eine ähnliche aber gedämpfte Preisentwicklung. Das Frontjahr wurde im Januar mit rund 18 Euro/MWh und im Dezember mit rund 19 Euro/MWh gehandelt.

Der Preis für CO_2-Zertifikate im europäischen Emissionshandel lag in der ersten Jahreshälfte zwischen 4,50 und 6 Euro/t. Die Ankündigung der Einführung von CO_2-Mindestpreisen in einigen Ländern (z. B. Frankreich) und die Verhandlungen über die Reform des Emissionshandels, welche eine jährliche Senkung der Treibhausgasemissionen um 2,2 Prozent zwischen 2021 und 2030 vorsieht, ließen die Preise in der zweiten Jahreshälfte auf bis 8 Euro/t ansteigen.

Markt- und Wettbewerbsumfeld in Deutschland

Der Stromverbrauch ist 2017 nach ersten Schätzungen um 0,8 Prozent gestiegen, was in erster Linie auf witterungsbedingte Einflüsse zu Jahresanfang und auf die positive konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen ist. Der Gasverbrauch ist nach vorläufigen Zahlen um gut 5 Prozent gestiegen. Ausschlaggebend hierfür waren die vergleichsweise kühle Witterung in einzelnen Monaten und der vermehrte Einsatz von Erdgas in Kraftwerken zur gekoppelten Strom- und Wärmegewinnung.

Die EEG-Umlage ist 2017 um 8,3 Prozent auf 6,88 Cent/kWh gestiegen. Damit erreichten die staatlichen Belastungen 2017 ein neues Rekordhoch und machten 55,1 Prozent des Strompreises aus. Die Stromnetzentgelte für Haushaltskunden lagen im Durchschnitt um fast 9 Prozent über dem Vorjahresniveau. Der Anteil der Netzentgelte am Strompreis stieg auf 25,6 %. Der von den Energieversorgern selbst beeinflussbare Anteil am Strompreis (Strombeschaffung und Vertrieb) ging auf 19,3 Prozent zurück. Der Strompreis für private Verbraucher stieg 2017 erneut an und entfernte sich weiter vom europäischen Durchschnitt. Nach Berechnungen der Beratungsgesellschaft McKinsey legte er bis zum Oktober auf 30,8 ct/kWh zu, während die Stromkosten im europäischen Ausland auf 20,5 ct/kWh sanken.

Angesichts der steigenden Kosten der Energiewende werden vermehrt Forderungen nach einer Reform der EEG-Umlagefinanzierung laut. Die Energiebranche und die Verbraucherzentralen treten dafür ein, die Kosten für die Industrieprivilegien im EEG in den Staatshaushalt auszulagern und die Stromsteuer auf das zulässige Minimum zu reduzieren, um private Verbraucher, Handel und Gewerbe zu entlasten. In ihrer aktuellen Form schaffe die EEG-Umlage Fehlanreize und behindere die für die Erreichung der Klimaziele notwendige Ausweitung der Energiewende auf den Wärme- und Verkehrssektor. Tatsächlich hat die Förderung Erneuerbarer Energien bisher nicht in gewünschtem Umfang zu CO_2-Einsparungen geführt. Nach einer Studie von Agora Energiewende wird Deutschland sein Klimaschutzziel verfehlen und die CO_2-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 nicht wie angestrebt um 40 Prozent, sondern lediglich um 30 bis 31 Prozent senken können. Das liege unter anderem an den niedrigen Preisen für CO_2, Diesel, Benzin und Heizöl. Die energiewirtschaftlichen Verbände plädieren daher für eine Belastung der Energieträger gemäß ihrer CO_2-Intensität. Neben positiven Auswirkungen auf den Klimaschutz führe dies zu einer Stabilisierung der Börsenstrompreise und damit einer Reduzierung der EEG-Umlage. Beim Pariser Klimagipfel im Dezember sprach sich Deutschland neben Frankreich, Großbritannien, Schweden und Niederlande offiziell dafür aus, in relevanten Sektoren einen wirksamen CO_2-Preis einzuführen oder dies zumindest zu prüfen. Als Orientierung soll ein im Mai vorgelegter Expertenbericht dienen, in dem Preise zwischen 40 und 80 US-Dollar für die Tonne CO_2 im Jahr 2020 und zwischen 50 und 100 Dollar im Jahr 2030 gefordert werden. Dies hätte massive Auswirkungen auf die Preise an den Großhandelsmärkten.

2017 starteten die Ausschreibungen für Windenergie an Land. Die Bundesnetzagentur (BNetzA) bezuschlagte in drei Ausschreibungsrunden Gebote im Umfang von insgesamt 2.820 MW. Der durchschnittliche Zuschlagswert sank von 5,71 ct/kWh in der ersten Runde auf 3,8 ct/kWh in der dritten Runde. So genannte Bürgerenergiegesellschaften erhielten jeweils mindestens 95 Prozent des Zuschlagvolumens. Sie waren in dem Verfahren insofern privilegiert, als sie Gebote für Anlagen auch vor Erteilung einer Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) abgeben durften. Zudem haben sie – anders als die übrigen Bieter – nicht 36 Monate, sondern 54 Monate Zeit, ihr Projekt zu realisieren, und konnten dadurch mit einer weiterentwickelten, günstigeren Anlagentechnologie kalkulieren. Vertreter der Windkraftbranche befürchten hohe Nicht-Realisierungsraten und Verzögerungen bei diesen Projekten, sehen die Einhaltung des Ausbaupfades gefährdet und fordern eine Streichung der Bürgerenergie-Ausnahmen. In Reaktion darauf hat der Gesetzgeber die Freistellung von der BImSchG-Genehmigung für Bürgerenergie-Projekte für die beiden ersten Ausschreibungen 2018 aufgehoben. Außerdem hat die BNetzA den Höchstwert für Gebote in den Ausschreibungen 2018 wegen der Wettbewerbsverzerrungen durch die Bürgerenergie-Privilegierung nicht aus den Ausschreibungsergebnissen 2017 errechnet – hier hätten sich 5,00 ct/kWh ergeben –, sondern auf 6,30 ct/kWh festgelegt, um Unterbrechungen beim Windkraftausbau zu vermeiden.

Änderungen und Inkrafttreten von Gesetzen

Die EU-Kommission hat Mitte Februar das Bundesprogramm Ladeinfrastruktur genehmigt. Mit diesem Programm unterstützt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) den Aufbau von 5.000 Schnellladestationen (S-LIS) mit 200 Millionen Euro und den Aufbau von 10.000 Normalladestationen (N-LIS) mit 100 Millionen Euro. Förderanträge können private Investoren, Städte und Gemeinden seit 1. März 2017 stellen. Voraussetzung für die Förderung ist, dass die Ladesäulen öffentlich zugänglich sind und mit Strom aus Erneuerbaren Energien betrieben werden. Außerdem gelten die technischen Vorgaben der Ladesäulenverordnung (LSV). Diese hat die Bundesregierung Ende März neu geregelt (LSV II), um das Laden von Elektrofahrzeugen benutzerfreundlicher zu machen. Fahrer sollen

künftig flexibel alle öffentlichen Ladestationen nutzen können, auch wenn sie keinen Vertrag mit dem jeweiligen Anbieter der Säule abgeschlossen haben. Der Betreiber eines Ladepunktes soll das sogenannte Ad-hoc-Laden unentgeltlich, mittels Bargeld, eines gängigen kartenbasierten Bezahlsystems oder eines webbasierten Systems ermöglichen.

Im Sommer wurde das Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG) beschlossen und trat im Juli in Kraft. Danach kommt es zur bundesweiten Angleichung der Netznutzungsentgelte (NNE) in fünf Stufen ab Januar 2019. Ab 2023 sind die Entgelte für die Übertragungsnetze dann überall in Deutschland gleich hoch. Die Regelung wird sich in den westlichen Bundesländern erhöhend auf die NNE auswirken. Zudem wird mit dem NEMoG die Zahlung von vermiedenen Netznutzungsentgelten (vNNE) für die dezentrale Einspeisung elektrischer Energie grundsätzlich abgeschafft. In Betrieb gehende volatil einspeisende Anlagen werden ab 2018 keine vNNE mehr erhalten. Für bestehende Anlagen mit volatiler Erzeugung werden diese Zahlungen zwischen 2018 und 2020 vollständig abgeschmolzen. Für dezentrale steuerbare Anlagen, darunter fallen insbesondere KWK-Anlagen, sollen vNNE hingegen weiterhin gezahlt werden. Lediglich Anlagen, die ab dem Jahr 2023 in Betrieb gehen, sollen keine vNNE mehr erhalten.

Das ebenfalls im Juli in Kraft getretene Gesetz zur Förderung von Mieterstrom sieht vor, dass Vermieter für selbst erzeugten Strom aus einer Photovoltaik (PV)-Anlage, den sie ohne Nutzung des allgemeinen Versorgungsnetzes an die Mieter im Wohngebäude liefern, eine Vergütung nach EEG erhalten. Die Höhe der Vergütung richtet sich nach der Größe der Solaranlage sowie dem PV-Zubau insgesamt und beträgt 2,2 bis 3,8 Cent/kWh. Für den Mieterstrom sind keine Netzentgelte zu entrichten. Er ist jedoch nicht von der EEG-Umlage befreit. Fördervoraussetzung ist, dass der angebotene Mieterstrom mindestens zehn Prozent günstiger ist als der örtliche Grundversorgungstarif und der Mieterstromvertrag nicht an den Mietvertrag gekoppelt ist. Der Mieterstrom kann nicht nur im Gebäude mit der PV-Anlage selbst, sondern auch in Neben- oder Nachbargebäuden ohne Durchleitung durch ein Netz angeboten werden. Die Förderung ist auf ein Volumen von 500 MW pro Jahr begrenzt.

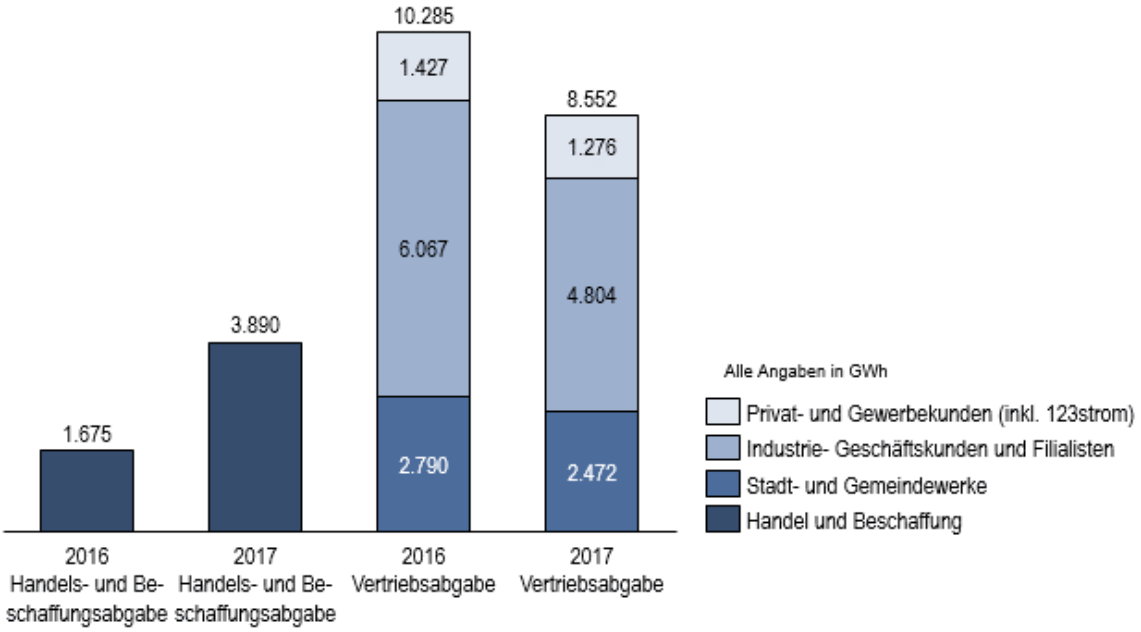
Im Dezember hat der Bundesrat einer Verordnung der geschäftsführenden Bundesregierung zugestimmt, die eine Aufteilung des deutschen Strommarktes in unterschiedliche Preiszonen verhindern soll. Durch die Änderung der Stromnetzzugangsverordnung soll Rechtssicherheit hergestellt und der historisch gewachsene Status quo einer einheitlichen deutschen Strompreiszone gesetzlich verankert werden. Auslöser waren Diskussionen auf EU-Ebene über einen Neuzuschnitt von Preiszonen mit dauerhaften, strukturellen Engpässen. Vor Weihnachten einigte sich der EU-Energieministerrat darauf, dass die Mitgliedsstaaten die grenzüberschreitenden Stromleitungen schrittweise für den europäischen Stromhandel öffnen sollen, bis 2025 ein Zielwert von 75 Prozent erreicht ist. Bei Zielverfehlung drohen Auflagen der EU-Kommission bis hin zur Aufspaltung der Preiszonen.

Ende des Jahres hat die EU-Kommission diverse Befreiungen und Nachlässe bei der EEG-Umlage für selbst erzeugten Strom beihilferechtlich genehmigt. Dies gilt jedoch nicht für die bisherige Begrenzung der EEG-Umlage auf 40 Prozent für den Eigenstromverbrauch von KWK-Neuanlagen (ab dem 1. August 2014 in Betrieb genommene Anlagen). Diese Nachlässe müssen gemäß der Forderung der EU-Kommission zum Jahreswechsel 2017/2018 auslaufen.

2.2. Geschäftsverlauf PFALZWERKE-Konzern

2.2.1. PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Stromgeschäft



Die **Handels- und Beschaffungsabgabe** der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, was im Wesentlichen auf Optimierungsgeschäfte der Beschaffung zurückzuführen ist. Die **Vertriebsabgabe** ist von ca. 10,3 TWh auf ca. 8,6 TWh gesunken. Der Rückgang ist insbesondere auf Großkundenverluste im Segment Industriekunden zurückzuführen, die kurzfristig nicht durch Kundengewinne ausgeglichen werden konnten.

Privat- und Gewerbekunden – Trotz gestiegener Umlagen und Netznutzungsentgelte wurde auch im Jahr 2017 keine Preisanpassung in der Grundversorgung durchgeführt. Die letzte Preiserhöhung fand damit am 1. April 2013 statt. Dennoch war die Stromabgabe in diesem Kundensegment rückläufig. Ein Grund hierfür ist u. a. die steigende Eigenversorgung der Kunden aus Photovoltaikanlagen. Um den Kundenbestand möglichst stabil zu halten, wurden auch 2017 zahlreiche Maßnahmen zur Kundenbindung und -reakquise durchgeführt. Das Energieverbraucherportal hat die Marke Pfalzwerke bereits zum zehnten Mal als „Top Lokalversorger" ausgezeichnet. In die Bewertung sind neben dem Preis/Leistungsverhältnis auch das regionale Engagement, der Umwelt- und Verbraucherschutz sowie die Servicequalität eingeflossen.

Außerdem entwickelte die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT neue Produkte und Dienstleistungen mit dem Ziel der Kundenbindung und -gewinnung. Im November 2017 führte sie das Haussteuerungsprodukt Pfalzwerke VIDA in den Markt ein und bietet damit im Geschäftsfeld Smart Living innovative Energielösungen für die Bereiche Smart Home und Smart Energy an. Daneben wurde das Geschäftsfeld Dezentrale Energie mit Contracting-Angeboten für Wärmepumpen und Gasbrennwert-Thermen sowie dem neuen PV-Strom-Contracting-Produkt Pfalzwerke öko solar weiter ausgebaut. Interessierten Kunden wird angeboten, sich von den Experten der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT zu diesen Themen beraten zu lassen.

1·2·3energie Strom – Die Kundenanzahl der Online-Marke 1·2·3energie blieb mit rund 125.500 belieferten Stromkunden konstant gegenüber dem Vorjahr. In einer deutschlandweiten Studie von FOCUS Money wurde 1·2·3energie mit dem Siegel „Höchstes Vertrauen“ ausgezeichnet. Auch gewann 1·2·3energie 2017 zum vierten Mal in Folge den deutschen Fairness-Preis in der Kategorie „Strom“ und erhielt die Focus-Auszeichnung „Kundenliebling 2017“. Die Ende 2016 begonnene strategische Partnerschaft mit der Handelskette Aldi Süd konnte 2017 fortgesetzt werden, der aktuelle Kooperationsvertrag läuft bis zum 31. Mai 2018.

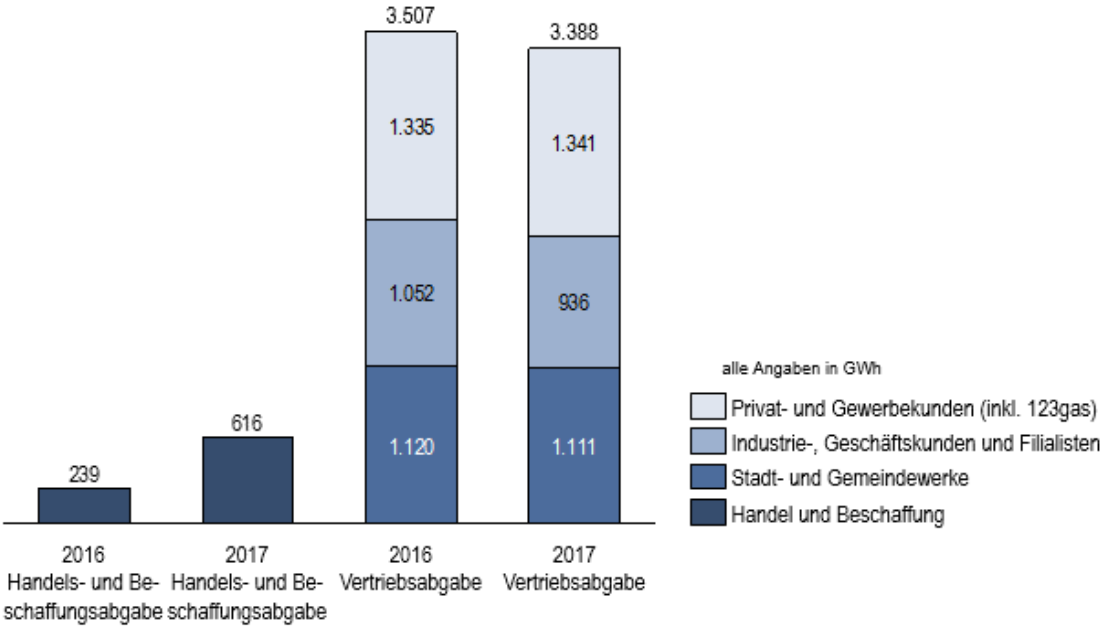
Industrie-, Geschäftskunden und Filialisten – 2017 nahm die Liefermenge bedingt durch einen Rückgang der Abgabemengen im Segment Geschäftskunden und durch Vertragskündigungen im Industriekundensegment zum Jahresende 2016 spürbar ab. Hier ist insbesondere der Verlust eines bundesweit belieferten Großkunden mit einem Liefervolumen von rd. 900 GWh/a zu nennen.

Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT konnte einige neue kommunale Partner für das Stromeinkaufsmodell „Daily Fix“ gewinnen, darunter für den Bereich der Straßenbeleuchtung die Ortsgemeinden Birkenheide, Fußgönheim, Maxdorf und die Gemeinden der Verbandsgemeinde Meisenheim (Landkreis Bad Kreuznach, Winnweiler, Kirchheimbolanden und Oberes Glantal).

Stadt- und Gemeindewerke – Es wurden Vertragsverlängerungen mit zwei pfälzischen Stadtwerken im jährlichen Lieferumfang von 350 GWh bis 2019 bzw. 75 GWh bis 2023 erzielt. Der PFM-Vertrag mit einem nordwestdeutschen Energieversorger konnte hingegen trotz eines optimierten Preisangebotes nicht prolongiert werden und läuft Ende 2017 aus. Hier hatten Mitbewerber Preisstellungen geboten, zu denen aus Sicht der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT die Erbringung einer qualifizierten Dienstleistung nicht gewährleistet werden kann. Neben den großen, z. T. online organisierten Energievertrieben stellen im klassischen Netzgebiet der Pfalzwerke nun auch einige Stadtwerke innerhalb des Pfalzwerke-Netzgebietes die aggressivsten Wettbewerber dar.

Insgesamt hat sich die irrationale Preispolitik des Wettbewerbermarktes im Segment PFM-Industriekunden und Stadtwerke 2017 verstärkt. Es werden inzwischen wieder vermehrt Vollversorgungsverträge angeboten, die die vorhandenen Energielieferungsrisiken nicht einpreisen. Das führte zum Teil zu einem Verfall der Margen und zu Kundenverlusten im PFM-Bereich. Zudem hält im Segment Weiterverteiler die Tendenz eines Rückgangs der Liefermengen in bestehenden Verträgen an, was im Wesentlichen durch Kundenverluste auf Seiten der Vertragspartner und durch Energieeffizienzmaßnahmen auf der Abgabeseite zu erklären ist. Dies führte zu einem Rückgang der Vertriebsabgabe an Stadt- und Gemeindewerke gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Gasgeschäft



Die **Handels- und Beschaffungsabgabe** ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Zunahme resultiert aus Optimierungsgeschäften der Beschaffung. Die **Vertriebsabgabe** Gas ist von ca. 3,5 TWh auf ca. 3,4 TWh gesunken. Im Industriekundensegment ging der Absatz aufgrund von Großkundenverlusten zurück.

Privat- und Gewerbekunden / 1·2·3energie Gas – Die Kundenverluste, die 2017 zu verzeichnen waren, konnten durch die Gewinnung neuer Kunden mehr als ausgeglichen werden. Am Ende des Jahres lag die Anzahl der 1·2·3energie-Gaskunden mit rund 63.000 ca. 1.000 Kunden über dem Vorjahresniveau.

Industrie-, Geschäftskunden und Filialisten – Im Segment Key Accounts Industriekunden musste sich der Gasvertrieb weiterhin in einem sehr schwierigen Marktumfeld behaupten. Zudem richtet sich der Gasvertrieb im Bereich Geschäftskunden nur noch regional und nicht mehr bundesweit aus. Vor diesem Hintergrund zeigt sich die Vertriebsabgabe gegenüber dem Vorjahreszeitraum rückläufig.

Energiedienstleistungen

Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT erhielt von der Fernwärmeversorgung Flugplatz Ramstein (FFR) GmbH den Auftrag für den Bau und Betrieb eines Blockheizkraftwerkes (BHKW) zur Wärmeversorgung der Air Base im pfälzischen Ramstein. Im Juni wurde der erste Spatenstich gesetzt. Als letztes Teilprojekt wurde Anfang Januar 2018 der Anlagenbau vergeben. Die elektrische Anbindung an das 20 kV-Netz der Pfalzwerke Netz AG steht kurz vor der Fertigstellung, die Fernwärmetrasse sowie die Erdgas-, Biomethan- und Wasserversorgung des Heizkraftwerks liegen zum Anschluss bereit. Die BHKW-Module werden im Frühjahr 2018 angeliefert, so dass dann die finalen Arbeiten am Rohrleitungsbau und der Elektroverkabelung erfolgen können. Nach der für Sommer 2018 geplanten Fertigstellung wird die KWK-Anlage mit einer elektrischen Leistung von rund 13 MW und einer thermischen Leistung von bis zu 12 MW eines der größten Heizkraftwerke dieser Art in der Pfalz sein. Sie wird rund 80 Prozent des benötigten Wärmebedarfs der Air Base abdecken, dazu rechnerisch etwa 20.000 Haushalte mit Strom versorgen und rund 20.000 Tonnen CO_2 pro Jahr einsparen.

Im Geschäftsfeld dezentrale Wärmeversorgung konnten im vergangenen Jahr weitere Aufträge für die Planung, den Bau und den Betrieb von dezentralen Energieerzeugungsanlagen akquiriert und erfolgreich umgesetzt werden. So wurde für die Gemeinde Haßloch eine Heizzentrale auf Holzpelletbasis mit Nahwärmenetz zur Versorgung einer Schule geplant und umgesetzt. Die Gemeinde Lingenfeld erteilte den Auftrag zur Planung und Errichtung einer KWK-Heizzentrale mit einem Nahwärmenetz zur Versorgung mehrerer kommunaler Liegenschaften. Von der Stadt Ludwigshafen erhielt die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT den Auftrag zur Betriebsführung der von ihr errichteten Pellet-Heizungsanlagen in zwei Flüchtlingsunterkünften. Für die Wärmeservice Zweibrücken GmbH plante die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT die energetische Modernisierung von weiteren kommunalen Heizungsanlagen.

Im Mai wurde ein Solarpark in Ellerstadt in Betrieb genommen. Dies ist das erste Projekt der „Neue Energie Landkreis Bad Dürkheim GmbH", welche die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT im März gemeinsam mit dem Landkreis Bad Dürkheim gegründet hat. Auf einem ehemaligen Deponiegelände installierte die Pfalzsolar GmbH insgesamt mehr als 6.000 Solarmodule mit einer Gesamtleistung von rund 1,7 MWp. Damit können etwa 470 Haushalte versorgt werden.

Für das Kreiskrankenhaus in Grünstadt wurde in 2017 die Kälteversorgung umgebaut. Im bisher mit Holzhackschnitzeln und Spitzenlastgaskessel betriebenen Heizwerk in Schwegenheim wurde ein Blockheizkraftwerk nachgerüstet. Bei beiden Projekten wurde damit die Redundanz der Systeme sichergestellt.

Im Rahmen der Umsetzung der Online-Strategie wurde das Produkt „Wärme Immoflex“ entwickelt. Dieses standardisierte Contracting-Produkt für Wohnungsbau und Bestandsimmobilien baut auf einer weitgehenden Digitalisierung des Vertriebsprozesses auf. Der Vertriebsstart erfolgte im Januar 2018.

Im Geschäftsfeld Baulanderschließung waren die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und ihre Tochtergesellschaft Pfalzwerke Infrastruktur GmbH auch 2017 aktiv und haben neue Aufträge akquirieren können. Die Pfalzwerke Infrastruktur GmbH hat Zuschläge für die Erschließung der Baugebiete „In den dreißig Morgen“ in Dudenhofen und „Helfrichsgärtel III“ in Biblis erhalten, die jeweils rund 3 Hektar Baufläche umfassen. Begonnen wurde mit der Erschließung des Baugebietes „Ruthenweg II“, Gönnheim, das 2018 fertig gestellt werden soll. Im Gewerbebiet „Nördlich des Bahndammes“, Haßloch, wurde mit dem Endausbau begonnen. Der Erschließungsvertrag für das Baugebiet „Kässeiters, 2. BA“ in Merchweiler wurde unterzeichnet und das Bebauungsplanverfahren weitergeführt. Die Erschließung der 30 Baugrundstücke soll bis etwa Ende 2018 abgeschlossen werden. Bei den Baugebieten „In den dreißig Morgen“ in Dudenhofen, „Holzweg“ in Altleinigen und „Schnepfenflug / Stift – Teilabschnitt Nord und Süd“ in Forst an der Weinstraße laufen derzeit die Bebauungsplanverfahren. Bautechnisch weitgehend abgeschlossen wurden Projekte in Altrip, Böhl-Iggelheim, Bockenheim, Dirmstein, Lambsheim sowie Landau-Queichheim.

Im Bereich Elektromobilität hat sich die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT erfolgreich an der Ausschreibung der Förderrichtlinie "Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge" vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur beteiligt. Bei den ersten beiden Einreichungswellen erhielt sie den Zuschlag für insgesamt 35 Standorte. Die ersten Ladesäulen sind bereits 2017 in Betrieb gegangen. Die erfolgreiche Teilnahme am Förderprogramm ist ein wichtiger Schritt, um an der Dynamik im Bereich der Elektromobilität teilzuhaben und dem Ziel, 350 Ladepunkte bis 2020 im Netzgebiet und darüber hinaus aufzubauen, näher zu kommen.

Bei der Suche nach geeigneten verkehrsstarken Standorten arbeitet die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT vor allem mit Kommunen und Gewerbekunden zusammen. Gemeinsam mit der Stadt Wörth wurde eine Ladestation der

neuen Generation errichtet, die u. a. das gleichzeitige Laden von zwei Elektrofahrzeugen ermöglicht. Beide Ladepunkte sind mit einer Leistung von 22 kW ausgestattet. Außerdem kooperiert die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT mit einem pfälzischen Lebensmittelhandelsunternehmen mit dem Ziel, möglichst viele Parkplätze der Märkte, die das Unternehmen in der Region betreibt, mit Ladesäulen auszustatten. Bei der ersten an einer Filiale in Lustadt in Betrieb genommenen Schnellladesäule sind Ladeleistungen von bis zu 50 kW möglich, so dass der Akku, abhängig von Kapazität und Autotyp, in circa einer halben Stunde während des Einkaufens nahezu vollgeladen werden kann. Außerdem hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT die Ausschreibung eines Autohauses mit mehreren Standorten in der Region gewonnen und dort sechs Schnellladesäulen errichtet. Darüber hinaus erhielt die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT den Zuschlag für den Betrieb der neun von ihr errichteten Ladesäulen im Landkreis Kusel. Derzeit wird ein Ladesäulen-Konzept für die Liegenschaften des Bezirksverbandes Pfalz erarbeitet.

Im Bereich Projektierung und Betrieb von Windkraftanlagen (WKA) konnte im Januar 2017 der bereits im Dezember 2016 weitgehend fertiggestellte Windpark Kindenheim an das öffentliche Netz angebunden werden. Zeitgleich wurde der Windpark an die Pfalzwerke Neue Energie Kindenheim GmbH & Co. KG veräußert, die im November auf Wunsch des Mitgesellschafters in die Pfalzwerke Neue Energie Rhein-Haardt GmbH & Co. KG umfirmierte. Sie ist eine gemeinsame Gesellschaft der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und der Sparkasse Rhein-Haardt. Der Windpark Kindenheim besteht aus zwei WKA mit einer Leistung von jeweils ca. 2,75 MW. Bis zum Jahresende 2017 haben die beiden Anlagen bereits über 12.700 MW Strom produziert und fast 6.000 Tonnen CO_2 eingespart.

Aufgrund einer grundsätzlich positiven Ausgangslage in Bezug auf Windkraftentwicklung wurde in ausgewählten Landkreisen im südlichen Nordrhein-Westfahlen Potenzialflächen nach Kriterien wie z. B. der Windhöffigkeit identifiziert. Nach der Identifizierung von 80 Potenzialflächen steht derzeit die Detailplanung der Flächen und die Sicherung der für Windkraft geeigneten Grundstücke an. Die Planungen werden zunächst für 33 Flächen vorangetrieben.

Technologie und Innovation

Als Energiekonzern ist die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT in einem Umfeld tätig, das sich technologisch äußerst dynamisch entwickelt und insbesondere im Hinblick auf die Energiewende vielfältige Herausforderungen mit sich bringt. Der Unternehmensbereich Technologie und Innovation erarbeitet in Kooperation mit Partnern aus Industrie und Wissenschaft innovative Lösungen in den Bereichen Netzausbau und Integration regenerativer Energieerzeugungsanlagen. Die Ergebnisse dieses Forschungs- und Entwicklungsprozesses fließen in die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Produkte.

Drei vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) geförderte Forschungsprojekte konnten 2017 erfolgreich abgeschlossen werden. Im Projekt FLOW-R („Flexibler Ortsnetz-Spannungs- und Wirkleistungsregler“) wurde ein neuer Netzregler entwickelt, der neben der Spannungsregelung auch eine Leistungsflussregelung in vermaschten Niederspannungsnetzen durchführen kann und somit hilft, die zunehmende Stromeinspeisung aus volatilen Anlagen in Niederspannungsnetze zu bewältigen. Der Regler hat sich in einem Feldtest bewährt und kann künftig in den Netzen des Pfalzwerke-Konzerns eingesetzt werden. Auch im Projekt LISA ging es um die optimale Integration von regenerativen Stromerzeugungsanlagen in das Niederspannungsnetz. Hierbei wurden Maßnahmen zur Spannungshaltung betrachtet sowie die unterschiedlichsten Kombinationsmöglichkeiten evaluiert. Ziel war eine übergeordnete Regelstrategie für den koordinierten Betrieb einzelner Applikationen, wie z. B. regelbarer Ortsnetztransformator, Wechselrichter oder Spannungsregler. Die Ergebnisse flossen in den „Leitfaden zur Integration spannungsstabilisierender Applikatio-

nen“ ein, der insbesondere kleineren Verteilnetzbetreibern als Planungshilfe dient. Das Projekt ThermSpe4EE („Thermische Speicherung für Erneuerbare Energien“) untersuchte den flexiblen Einsatz von Wärmepumpen in Kombination mit verschiedenen Speichertechnologien und zeitvariablen Stromtarifen. Eine moderne Wärmepumpe nimmt Strom auf, wenn ein günstiges Angebot zur Verfügung steht, und wandelt ihn dann in Wärme um. Ein neu im Forschungsprojekt entwickeltes Regelungssystem stimmt die verschiedenen Anforderungen aus Markt, Gebäude und Heizsystem optimal aufeinander ab. Das System ist bereits in einem Haushalt im Probebetrieb.

Am 1. Januar 2017 startete das vom BMWi mit rund 30 Millionen Euro geförderte Verbundprojekt „Designetz“. Darin wollen die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland demonstrieren, wie Solarenergie und Windkraft für die Versorgung von urbanen und industriellen Verbrauchern genutzt werden kann. Das Projekt ist Bestandteil des bundesweiten Förderprogramms „Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende“ (SINTEG), welches das BMWi in den nächsten vier Jahren mit insgesamt über 200 Millionen Euro fördert. Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT übernimmt ihren Part im Teilprojekt „SESAM - Sustainable Energy Supply for Agricultural Machinery“ zusammen mit dem Konsortialführer John Deere, der Lehr- und Versuchsanstalt für Viehhaltung Hofgut Neumühle und anderen Industriepartnern. In diesem Projekt wird ein vollelektrischer Traktor im landwirtschaftlichen Betrieb getestet. Untersucht wird, wie Elektrofahrzeuge in innovative netz-, system- und marktdienliche regionale Netzbetriebskonzepte integriert werden können. Im ersten Projektjahr 2017 wurden die landwirtschaftlichen Prozesse, die Netzsituation und die Konzepte zur Kommunikation und Informationstechnik des Hofguts analysiert. Langfristiges Ziel ist die Vernetzung unterschiedlicher Sektoren für ein effizienteres Gesamtenergiesystem und eine verbesserte Integration von Erneuerbaren Energien.

Im Mai startete das „Pfalzwerke Innovations-Netzwerk“, in dem Vertreter aus unterschiedlichen Abteilungen und Tochterunternehmen vertreten sind. Ziel dieser interdisziplinären Plattform ist es, die Innovationskräfte im Konzern zu bündeln, Innovationsideen zu finden und deren Realisierbarkeit für den Pfalzwerke-Konzern einzuschätzen. Dadurch soll die Anzahl der wirtschaftlich sinnvollen Innovationen künftig deutlich gesteigert und die Wettbewerbsposition gestärkt werden.

Neben dem internen Know-how beim Thema Innovationen hat sich die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT 2017 ein weiteres Standbein durch die Beteiligung an der Digital Transformation HUB GmbH geschaffen. Das Unternehmen wird den Startup-Hub und -Inkubator „DT:HUB | ONE“ in Kaiserslautern errichten und betreiben, eine Plattform zur Unterstützung innovativer Neugründungen und auf Wachstum angelegter Startup-Unternehmen aus dem Umfeld der TU Kaiserslautern und des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, die unter dem Dach des Hub räumlich vereint sind. Neben der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT zählen weitere Partner aus Wirtschaft und Wissenschaft zu den Unterstützern. Mit diesem Engagement soll ein nachhaltiger Zugang zu digitalen Technologien geschaffen werden.

2.2.2. Pfalzwerke Netz AG

Die im Netzgebiet der Pfalzwerke Netz AG durchgeleitete Strommenge belief sich im Geschäftsjahr 2017 auf 7,2 TWh und liegt damit auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. Der Anschluss einer wachsenden Anzahl von Photovoltaik-, Windkraft- und Biogasanlagen stellt das Netz der Pfalzwerke Netz AG jedoch vor immer größere Herausforderungen. Zum Jahresende waren rund 23.600 PV-Anlagen, 282 Windenergieanlagen, 48 Wasserkraftanlagen und 40 Biomasseanlagen an das Netz der Pfalzwerke Netz AG angeschlossen, die insgesamt über eine installierte Leistung von über 1.090 MW verfügen.

Die steigende Auslastung der Verteilnetze infolge der weiter wachsenden installierten Leistung von Erzeugungsanlagen sowie der absehbare Funktionswandel im Kontext der E-Mobilität machen neben dem reinen Substanzerhalt auch die Netzerweiterung sowie Investitionen in verbesserte Verfahren zur Netzsteuerung erforderlich. Die Pfalzwerke Netz AG war hier 2017 auf allen Netzebenen aktiv. Zu den Maßnahmen zählten der Austausch und die Erweiterung von Hoch- und Mittelspannungsanlagen, die Errichtung eines neuen Umspannwerks, der Ersatz und Neubau von Hochspannungsmasten sowie Korrosionsschutz- und Verstärkungsmaßnahmen an bestehenden Hochspannungsmasten. Darüber hinaus wurden umfangreiche Leitungssanierungen in Verbindung mit erforderlichen Mastaustauschmaßnahmen im 20 kV-Bereich durchgeführt. Für Anschlussverstärkungen wurden mehrere neue Umspannpunkte errichtet. Zudem wurden mehrere bestehende Umspannpunkte saniert und zum Teil mit einer Fernsteuerung ausgestattet, um Ausfallzeiten bei Versorgungsunterbrechungen zu reduzieren. Im Zuge von Straßenbaumaßnahmen wurden zahlreiche Abschnitte von Niederspannungs-Freileitungsnetzen verkabelt. Außerdem erfolgte die Teilverkabelung von witterungsbedingt anfälligen 20 kV-Freileitungen und der Austausch von störungsanfälligen 20 kV-Kabelsystemen sowie von über 700 sanierungsbedürftigen Holzmasten im Niederspannungsnetz. Um den steigenden Anforderungen im Bereich der Netzsteuerung zukünftig gerecht werden zu können, wurde das Netzleitsystem aktualisiert.

In zahlreichen Ortsgemeinden wurde die energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung (Umstellung auf LED-Technik) durchgeführt. Hierbei konnten zudem öffentliche Ausschreibungen in A-Gemeinden gewonnen werden. Im Bereich des Ortsnetzbaus Ost wurden ca. 2.500 Leuchten umgerüstet. In Altrip, Albersweiler, Böhl-Iggelheim und Bockenheim wurden Neubaugebiete mit in Summe ca. 250 Bauplätzen elektrisch erschlossen. Zusätzlich wurden die ersten Schnellladesäulen gebaut und in Betrieb genommen.

Im Juni 2017 wurde die Online-Planauskunft durch die Gruppe GIS (GeoInformationsSysteme) freigeschaltet, welche die bisherige dezentrale manuelle Planauskunft für Baufirmen, Kunden und sonstige anfragende Institutionen ablöst. Die Planauskünfte werden standardisiert erstellt und nach den gesetzlichen Vorgaben archiviert. Dadurch konnten Kosten im Bereich Netzservice eingespart und der Kundenservice verbessert werden.

Zur Sicherstellung der Kommunikationsfähigkeit bei Ausfall öffentlicher Kommunikationsnetze wurde das analog betriebene Betriebsfunknetz der Pfalzwerke Netz AG vollständig durch ein digitales System mit verschlüsselter Übertragung abgelöst.

Die 2016 begonnene Implementierung und Zertifizierung eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) konnte im September 2017 erfolgreich abgeschlossen werden.

2.2.3. PFALZSOLAR GmbH

Im Geschäftsjahr 2017 konnte die PFALZSOLAR GmbH in Deutschland Turn-Key-Projekte mit einer Leistung von insgesamt rund 9 MWp realisieren. Errichtet wurden unter anderem die Großprojekte „Solarpark Klausa“, „Brandholz“ und mit dem „Solarpark Ellerstadt“ ein Projekt im Netzgebiet der Pfalzwerke Netz AG. Allerdings konnte sich die PFALZSOLAR GmbH in den drei durchgeführten Ausschreibungsrunden der BNetzA nicht mit eigenen Geboten durchsetzen. Ursächlich hierfür war der extreme Verfall der Gebotspreise, die aus Sicht der Gesellschaft hauptsächlich auf Spekulationen beruhen und nicht die aktuellen Marktgegebenheiten widerspiegeln.

Im internationalen Projektgeschäft wurde mit „Swanland Road“ planmäßig ein Großprojekt im britischen PV-Markt gebaut und an eine international agierende Investmentgesellschaft verkauft. Gleichzeitig wurde der Aktionsradius in wei-

tere europäische Staaten ausgedehnt. So konnten in den Niederlanden Generalunternehmerleistungen bei der Errichtung von sieben PV-Aufdachanlagen mit einer Leistung von mehr als 7 MWp erbracht werden. Die Projektentwicklung von Solarparks in den USA wurde über eine lokale Tochtergesellschaft vorangetrieben.

Im Geschäftsfeld „Privat- und Gewerbekunden“ konnte der seit 2014 anhaltende positive Trend fortgesetzt werden. Insgesamt wurden mehr als 3 MWp PV-Leistung errichtet. Bei annähernd der Hälfte der Kunden wurde zusätzlich ein Batteriespeicher installiert. Auch die Anzahl der Speichernachrüstungen für bestehende PV-Anlagen hat im Berichtszeitraum stark zugenommen. Das Privat- und Gewerbekundengeschäft wurde im Berichtsjahr erstmals auf weitere europäische Märkte ausgedehnt. In den Niederlanden konnten mehrere sog. „Social Housing“-Projekte akquiriert und abgeschlossen werden. Auf Mallorca erfolgte der Markteintritt in das klassische Privatkundengeschäft Mitte des Jahres 2017 mit ersten Vertriebserfolgen zum Jahresende.

Auch der Geschäftsbereich „Technische Betriebsführung“ konnte im Gesamtjahr weitere Zuwächse verzeichnen. Der PFALZSOLAR GmbH ist es gelungen, neben der Übernahme von langfristigen Wartungs- und Betriebsführungsleistungen für die selbst errichteten Anlagen auch eine Vielzahl an langfristigen Betriebsführungsverträgen mit Besitzern von bestehenden PV-Anlagen abzuschließen. In Großbritannien konnte ein Anlagenportfolio mit einer Leistung von rd. 20 MWp hinzugewonnen werden. Im aufstrebenden niederländischen Markt wurden Verträge über eine Leistung von 6 MWp abgeschlossen. Zum Jahresende betreute PFALZSOLAR damit ein Anlagenportfolio von annähernd 180 MWp.

2.2.4. PfalzKom, Gesellschaft für Telekommunikation mbH

Die PfalzKom, Gesellschaft für Telekommunikation mbH, entwickelte sich 2017 in einem nach wie vor schwierigen und zunehmend dynamischeren Marktumfeld erfolgreich weiter. Das Geschäftsjahr war im Wesentlichen geprägt durch die Eröffnung des DATACENTER Rhein-Neckar II in Mutterstadt sowie den Erwerb und die Einbindung der Glasfaserinfrastruktur in Mannheim. Daneben investierte die Gesellschaft weiterhin in den Ausbau und die Verbesserung der Qualität der IP-Netze und ist dem Netzbündnis zum Breitbandausbau in Rheinland-Pfalz beigetreten. Außerdem hat sie durch verschiedenste Zertifizierungsmaßnahmen erneut den hohen Sicherheitsstandard ihrer Anlagen nachgewiesen.

In Kombination mit dem 2010 in Betrieb genommenen Hochleistungsrechenzentrum DATACENTER Rhein-Neckar I, dem eigenen, modernen Glasfasernetz, den Managed Services und nicht zuletzt der langjährigen Expertise im ITK-Consulting wird mit dem neuen Rechenzentrum die Basis für ein dynamisches Wachstum des Digitalisierungsmarktes in der Region gelegt. Das DATACENTER Rhein-Neckar II bietet mit seinen 2.340 m² Serverfläche Raum für bis zu 1.000 Racks. Die Stromversorgung beider Datenzentren erfolgt mit 100 Prozent Ökostrom direkt und zuverlässig aus dem Versorgungsnetz der Pfalzwerke.

Im Oktober wurde die Glasfaserinfrastruktur in Mannheim von der MVV Energie AG erworben. Durch die Übernahme des bisher durch die Manet GmbH genutzten Glasfasernetzes ist die langfristige Anbindung des Daten-Backbones an strategisch relevante Knotenpunkte sichergestellt. In Bezug auf Cybersecurity spielen eigene Infrastrukturen eine wichtige Rolle und ermöglichen eine sichere, digitale Interaktion: Sowohl die Vernetzung von Unternehmensstandorten, die Nutzung von Rechenzentrumsleistungen oder Managed Services in der Region als auch der globale Datenaustausch über den internationalen Knoten in Frankfurt kann nun auf eigenen, gesicherten Daten-Highways abseits des stark frequentierten Internets erfolgen.

2.2.5. REPA GmbH

Das Geschäftsjahr 2017 war bei der REPA GmbH Elektrotechnik operativ durch den Ausbau der Geschäftsfelder Ortsnetzbau und Installationstechnik sowie organisatorisch durch die weitere Konsolidierung der kaufmännischen Geschäftsprozesse geprägt. Die Realisierung der elektrotechnischen Ausstattung des Rechenzentrums DATACENTER Rhein-Neckar II der PfalzKom, Gesellschaft für Telekommunikation mbH war eine wichtige Referenz, um die Leistungsfähigkeit der REPA GmbH Elektrotechnik im Bereich der Kunden aus Industrie und Gewerbe nachzuweisen. Das Projekt konnte im Jahresverlauf erfolgreich abgeschlossen werden. Im Marktsegment der Dienstleistungen für EVU und Kommunen ist die Nachfrage nach qualifizierten Serviceleistungen unverändert hoch. Der Umsatz in diesem Feld konnte im Drittmarkt wiederum leicht erhöht werden. Gleichzeitig steigen die Kosten für Fremdleistungen insbesondere im Tiefbau erheblich. Hintergrund ist die konstant hohe Nachfrage nach Bauleistungen im Markt.

2.2.6. Pfalzwerke geofuture GmbH

Das Geschäftsjahr 2017 der Pfalzwerke geofuture GmbH zeichnete sich durch einen weitgehend kontinuierlichen Betrieb des Geothermiekraftwerkes in Insheim aus. Betriebsunterbrechungen für Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen im Februar, Juli und Dezember wurden terminlich eingeplant und unter Soll ausgeführt. Zusätzliche ungeplante Stillstände z. B. aufgrund meteorologisch bedingter Störungen im die elektrische Energie aufnehmenden Mittelspannungsnetz konnten jedoch nicht gänzlich vermieden werden. Die Verfügbarkeit der Kraftwerksanlage lag bei 7.744 Betriebsstunden und erreichte damit eine Auslastung von 88 Prozent.

Die bergrechtliche Genehmigung zur Gewinnung des Thermalwassers hat weiterhin Bestandskraft bis zum Jahr 2037. Die Zulassung des alten Hauptbetriebsplans für den Betrieb des Geothermiekraftwerkes wurde erneut verlängert. Eine Zulassung über mindestens fünf Jahre wird für 2018 angestrebt.

2.2.7. Pfalzgas GmbH

Mit insgesamt 1.010 neuen Kunden war die Pfalzgas GmbH im Substitutionswettbewerb des Wärmemarktes auch 2017 wieder sehr erfolgreich. Zwar konnten im Neubaubereich mit 406 neuen Erdgasheizungen nicht mehr ganz so viele Kunden gewonnen werden (Vorjahr: 449), doch lag die Anzahl der Umstellungen von einer anderen Energieart auf Erdgas mit 604 über dem Vorjahr (579).

Vor dem Hintergrund anhaltend intensiver Wettbewerbsaktivitäten haben die Kundenverluste im Erdgashandel trotz wettbewerbsfähiger Preis- und Produktgestaltung erwartungsgemäß weiter zugenommen, so dass die Fremdbelieferungsquote im Jahresverlauf auf 24,4 Prozent anstieg. Die Pfalzgas GmbH selbst belieferte im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 3.213 Kunden außerhalb des eigenen Netzgebiets.

Die Pfalzgas GmbH konnte sich auch 2017 im weiterhin intensiven regionalen Konzessionswettbewerb, insbesondere mit Stadtwerken, erfolgreich behaupten und bei den aktuell noch offenen Verträgen durch acht Neuabschlüsse mit Ortsgemeinden die eigene Wettbewerbsposition als kommunalfreundlicher, effizienter und kompetenter Netzbetreiber festigen.

Der Gasabsatz der Pfalzgas GmbH lag im Geschäftsjahr 2017 mit insgesamt 2.393,7 GWh um rd. 17 GWh über dem Vorjahr.

2.2.8. VOLTARIS GmbH

Das Bestandsgeschäft der VOLTARIS GmbH in den Geschäftsbereichen Zähler- und Energiedatendienstleistungen entwickelte sich 2017 stabil. Im Bereich des Energiedatenmanagements gab es sowohl im Strom- als auch im Gassegment eine Reihe von Projekten. Hier sind beispielsweise die funktionale Trennung von Markt- und Messlokation sowie die Produktivsetzung des Vertriebs-EDM auf Basis eines eSales-Systems bei der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT zu nennen.

Ein Schwerpunkt im Bereich Zählerdienstleistungen war der Start des Rollouts von modernen Messeinrichtungen bei der energis Netzgesellschaft mbH und der Pfalzwerke Netz AG zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben aus dem Messstellenbetriebsgesetz. Hierzu hat die VOLTARIS GmbH u. a. ein Planungs- und Analysetool entwickelt, welches als Grundlage für die Umsetzungsplanung des Smart Meter Rollouts dient.

Die Produkt- und Marketingstrategie konzentriert sich derzeit insbesondere auf den Rollout der intelligenten Messsysteme (iMSys). Auf bundesweiten Informationsveranstaltungen, Messen und einer eigens initiierten Anwendergemeinschaft Messsystem werden potenzielle Kunden über den Stand der Technik und über Partnerlösungen informiert.

Die Themen Smart Grid und Smart Market stehen auch künftig im Fokus der Geschäftstätigkeit der VOLTARIS GmbH. Das neue Messsystem mit dem Smart Meter-Gateway wird nun als zentrale Kundenschnittstelle gesehen und muss höchste Ansprüche an Datenschutz und Datensicherheit erfüllen. Daher wird sich VOLTARIS verstärkt der Standardisierung der neuen Produkte widmen. Die durch den Gesetzgeber vorgeschriebenen neuen iMSys mit Zulassung von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt und Zertifizierung durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik werden Anfang 2018 erwartet. Damit kann im Geschäftsjahr 2018 mit dem Einbau dieser Messsysteme begonnen werden.

Die VOLTARIS GmbH ist im Umfeld des MsbG als Fullservice-Dienstleister tätig und unterstützt neben der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und der VSE AG mehr als 30 Stadtwerke mit Dienstleistungen. Sie verfügt seit März 2017 über eine Zertifizierung ihres Information Security Management Systems und als Gateway-Administrator. Weiterhin werden umfangreiche Anpassungen und Investitionen im Bereich der Systeme und Prozesse getätigt – u. a. im Bereich Geräteverwaltung, Workforcemangement und Meter Data Management-Systeme.

Im Bereich Forschung und Entwicklung ist die VOLTARIS GmbH wichtiger Partner im BMWi-Verbundprojekt „Designetz“, in dem sie u. a. für die Durchführung des intelligenten Messstellenbetriebs und den netzdienlichen Einsatz von iMSys mit Steuerfunktion verantwortlich ist. Die iMSys kommen sowohl im Demonstrator „Sesam-Farm“ als auch im saarländischen Demonstrator „EMIL“ (Energienetze mit innovativen Lösungen) zum Einsatz.

2.3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage Pfalzwerke-Konzern

Angaben in Tausend Euro	2017	2016
Umsatzerlöse (ohne Strom- und Energiesteuer)	**1.306.582**	1.455.542
Gesamtleistung	**1.312.184**	1.479.413
Betriebsergebnis	**86.713**	90.043
EBIT	**88.870**	93.885
Konzern-Jahresüberschuss	**35.455**	53.691
Bilanzgewinn	**58.665**	42.534

2.3.1. Ertragslage

Die **Umsatzerlöse** beliefen sich im Berichtsjahr auf insgesamt 1.306,6 Millionen Euro. Der Rückgang um 149,0 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr resultiert hauptsächlich aus dem Absatzrückgang im Stromgeschäft und der Weitergabe von gesunkenen Beschaffungspreisen an die Kunden mit Portfoliomanagementvertrag der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT. In der Pfalzwerke Netz AG sind die Umsatzerlöse hingegen gestiegen, was im Wesentlichen auf die Erhöhung der Netznutzungsentgelte zurückzuführen ist.

Im Berichtsjahr ist eine Bestandsminderung an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (Vorjahr: Erhöhung) in Höhe von -9,5 Millionen Euro zu verzeichnen. Wesentlicher Grund dafür ist der Verkauf von Windkraftanlagen durch die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und von Photovoltaikanlagen durch die Pfalzsolar GmbH, welche im Vorjahr errichtet worden waren.

Die **Gesamtleistung** sank auf 1.312,2 Millionen Euro (Vorjahr: 1.479,4 Millionen Euro).

Die **Sonstigen betrieblichen Erträge** stiegen um 7,8 Millionen Euro auf 50,6 Millionen Euro. Dies ist vor allem auf höhere Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen in der Pfalzwerke Netz AG zurückzuführen. In der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT wirkten gegenläufig geringere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der **Materialaufwand** des Pfalzwerke-Konzerns beinhaltet überwiegend Aufwendungen für Energiebezug der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und der Pfalzgas GmbH. Diese waren in Folge der niedrigeren Energiebeschaffungspreise und der gesunkenen Vertriebsabgabe in der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT geringer als im Vorjahr. Insgesamt summierten sich die Materialaufwendungen im Berichtsjahr auf 1.067,1 Millionen Euro (Vorjahr: 1.229,5 Millionen Euro).

Mit 88,4 Millionen Euro ist der **Personalaufwand** des Konzerns im Vergleich zum Vorjahr um 11,5 Millionen Euro gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf versicherungsmathematisch bedingt höhere Aufwendungen für Altersversorgung in der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und in der Pfalzwerke Netz AG zurückzuführen.

Die **Abschreibungen** auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen summierten sich im Berichtsjahr auf 46,5 Millionen Euro (Vorjahr: 45,5 Millionen Euro).

Die **Sonstigen betrieblichen Aufwendungen** konnten gegenüber dem Vorjahr um 6,2 Millionen Euro reduziert werden und betrugen 74,1 Millionen Euro. Ein wesentlicher Grund für den Rückgang im Berichtsjahr ist der Wegfall des BilMoG-

Unterschiedsbetrags bei den Pensionsrückstellungen in der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und der Pfalzwerke Netz AG. Beide Gesellschaften hatten den Unterschiedsbetrag 2016 vollständig zugeführt.

Aufgrund der vorgenannten Effekte belief sich das **Betriebsergebnis** des Pfalzwerke-Konzerns im Geschäftsjahr 2017 auf 86,7 Millionen Euro, was einem Rückgang um 3,3 Millionen Euro entspricht.

Das **Beteiligungsergebnis** sank auf 2,2 Millionen Euro (Vorjahr: 3,8 Millionen Euro). Dies resultiert im Wesentlichen aus der Ergebnisentwicklung von Projektgesellschaften im Bereich Wind, die teilweise aufgrund des unterdurchschnittlichen Windaufkommens negativ verlief.

Das **EBIT** betrug für den Berichtszeitraum 88,9 Millionen Euro und lag damit unter dem Vorjahreswert von 93,9 Millionen Euro.

Das **Zinsergebnis** verschlechterte sich im Berichtsjahr auf -36,4 Millionen Euro (Vorjahr: -13,0 Millionen Euro), was insbesondere auf einen höheren Zinsaufwand aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen in der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und der Pfalzwerke Netz AG zurückzuführen ist. Dieser Zinsaufwand war 2016 infolge der Gesetzesänderung beim HGB-Referenzzinssatz einmalig gesunken.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** sind gegenüber dem Vorjahr auf 17,0 Millionen Euro gesunken (Veränderung -10,2 Millionen Euro). Unter Berücksichtigung der Steuern weist die Gewinn- und Verlustrechnung des Pfalzwerke-Konzerns für das Berichtsjahr einen **Konzern-Jahresüberschuss** in Höhe von 35,5 Millionen Euro aus (Vorjahr: 53,7 Millionen Euro).

Die im Rahmen des Lageberichts 2016 prognostizierte Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren ist im Geschäftsjahr 2017 im Wesentlichen eingetroffen. Die Umsatzerlöse sind aufgrund des Absatzrückgangs im Stromgeschäft und der Weitergabe von gesunkenen Beschaffungspreisen an Kunden gesunken. Betriebsergebnis und EBIT liegen unter Vorjahresniveau. Das Zinsergebnis verschlechterte sich erwartungsgemäß durch den Wiederanstieg der Belastungen aus Pensionsverpflichtungen. Der Konzern-Jahresüberschusses 2017 entwickelte sich wie prognostiziert rückläufig.

2.3.2. Finanz- und Vermögenslage

Im Jahr 2017 belief sich die **Bilanzsumme** des Pfalzwerke-Konzerns auf 1.295,4 Millionen Euro (Vorjahr: 1.268,5 Millionen Euro). Auf der **Aktivseite** nahmen insbesondere die Sachanlagen (Veränderung +23,5 Millionen Euro), Finanzanlagen (Veränderung +10,3 Millionen Euro) und Wertpapiere des Umlaufvermögens (Veränderung +30,6 Millionen Euro) zu, während die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Veränderung -12,3 Millionen Euro) zurückgingen.

Auf der **Passivseite** ist eine Verminderung der Verbindlichkeiten um 33,1 Millionen Euro zu verzeichnen. Diese Minderung ergibt sich insbesondere aus geringeren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und geringeren sonstigen Verbindlichkeiten. Der Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten resultiert im Wesentlichen aus der Rückzahlung von Inhaberschuldverschreibungen durch die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT.

Die **Rückstellungen** haben sich im Berichtsjahr auf 715,9 Millionen Euro erhöht (Vorjahr: 680,0 Millionen Euro). Die Pensionsrückstellungen stiegen um 20,7 Millionen Euro, die sonstigen Rückstellungen um 11,4 Millionen Euro.

Das **Eigenkapital** hat sich aufgrund der Einstellung in die Gewinnrücklage und des höheren Konzern-Bilanzgewinns erhöht und betrug zum 31. Dezember 2017 271,0 Millionen Euro (Vorjahr: 247,0 Millionen Euro).

Die **wirtschaftliche Eigenkapitalquote** des Konzerns stieg auf 22,5 Prozent (Vorjahr: 21,3 Prozent).

Die **Anlagendeckungsquote** belief sich im Geschäftsjahr 2017 auf 87,4 Prozent (Vorjahr: 94,5 Prozent).

Zum 31. Dezember 2017 standen nicht in Anspruch genommene zugesagte Kreditlinien in Hohe von 58,2 Millionen Euro zur Verfügung.

Grundsätzlich wird eine möglichst dauerhafte Finanzierung des langfristig gebundenen Kapitals angestrebt. Eine fristenkongruente Finanzierung gestaltet sich in der Energieversorgung aufgrund der extrem langläufigen Wirtschaftsgüter jedoch schwierig. Dem strategischen Finanzierungs- und Bilanzstrukturmanagement kommt daher auch zukünftig eine besondere Bedeutung innerhalb des Pfalzwerke-Konzerns zu.

2.3.3. Kapitalflussrechnung

Der **Brutto-Cashflow** betrug im Berichtsjahr 98,4 Millionen Euro (Vorjahr: 90,9 Millionen Euro). Dem geringeren Jahresüberschuss steht eine Zunahme der langfristigen Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr gegenüber.

Mit 99,0 Millionen Euro war der **Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit** höher als im Vorjahr (66,7 Millionen Euro). Die wesentlichen Ursachen dafür sind ein gegenüber dem Vorjahr geringerer Mittelabfluss aus der Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva und eine geringere Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind. Gegenläufig erfolgten, den Cashflow mindernd, Investitionen in Wertpapiere des Umlaufvermögens, um Strafzinsen für Bankeinlagen bei Kreditinstituten zu vermeiden.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** belief sich auf -78,5 Millionen Euro (Vorjahr: -65,4 Millionen Euro). Der Grund für die Veränderung liegt insbesondere in höheren Investitionen in das Sachanlagevermögen.

Der **Cashflow aus Finanzierungstätigkeit** ist auf -33,6 Millionen Euro gesunken (Vorjahr:-16,9 Millionen Euro). Diese Veränderung lässt sich im Wesentlichen auf geringere Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten sowie höhere Auszahlungen für die Tilgung von Krediten zurückführen.

Die Veränderung des Finanzmittelbestands und der dafür zugrunde liegenden Mittelbewegungen sind in der Kapitalflussrechnung dargestellt.

2.3.4. Investitionen

Die Investitionen des Pfalzwerke-Konzerns beliefen sich im Berichtsjahr auf 92,9 Millionen Euro (Vorjahr: 85,4 Millionen Euro). Hiervon entfallen 10,4 Millionen Euro auf immaterielle Vermögensgegenstände, 68,9 Millionen Euro auf Sachanlagen und 13,7 Millionen Euro auf Finanzanlagen. Die Sachanlageinvestitionen wurden im Wesentlichen von der Pfalzkom, Gesellschaft für Telekommunikation mbH in Zusammenhang mit dem Erwerb der Glasfaserinfrastruktur in Mannheim und von der Pfalzwerke Netz AG im Netzbereich getätigt.

Konsolidierungskreis

In den Konsolidierungskreis des Pfalzwerke-Konzerns wurden im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 38 (Vorjahr: 36) Gesellschaften einbezogen. Davon wurden 19 (Vorjahr: 19) Gesellschaften voll- und drei (unverändert zum Vorjahr) Gesellschaften quotenkonsolidiert sowie 16 (Vorjahr: 14) Gesellschaften at equity bilanziert. Die Gesellschaft Neue Energie Landkreis Bad Dürkheim GmbH wurde am 30. März 2017 neu gegründet und zum 31. Dezember 2017 als assoziiertes Unternehmen im Konzernabschluss berücksichtigt. Die am 17. Mai 2016 gegründete Pfalzwerke Neue Energie Kindenheim GmbH & Co. KG wurde unter Anwendung von § 296 Abs. 1 Nr. 3 HGB nicht in den Konzernabschluss 2016 einbezogen, weil ihre Anteile zur Weiterveräußerung gehalten wurden. Sie wurde mit Eintragung im Handelsregister am 6. November 2017 in Pfalzwerke Neue Energie Rhein-Haardt GmbH & Co. KG umbenannt. Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT hat ihren Anteilsbesitz an der Gesellschaft auf 25,1 Prozent reduziert. Die Gesellschaft wurde nun zum 31. Dezember 2017 als assoziiertes Unternehmen im Konzernabschluss berücksichtigt.

2.4. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT (Einzelabschluss)

Angaben in Tausend Euro	2017	2016
Umsatzerlöse (ohne Strom- und Energiesteuer)	**843.096**	971.861
Gesamtleistung	**841.480**	978.649
Betriebsergebnis	**1.083**	19.813
EBIT	**61.053**	78.957
Jahresüberschuss	**30.285**	51.212
Bilanzgewinn	**38.083**	26.262

2.4.1. Ertragslage

Die **Umsatzerlöse** (ohne Strom- und Energiesteuer) beliefen sich im Berichtsjahr auf insgesamt 843,1 Millionen Euro. Der Rückgang in Höhe von 128,8 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr resultiert maßgeblich aus dem Absatzrückgang im Stromgeschäft und der Weitergabe von gesunkenen Beschaffungspreisen an die Kunden mit Portfoliomanagementvertrag. Im Privat- und Gewerbekundensegment werden die Beschaffungsvorteile durch Steigerungen bei der EEG-Umlage und den Netznutzungsentgelten überkompensiert. Dennoch ist es der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT gelungen, das Preisniveau im Offline-Segment im Jahr 2017 stabil zu halten. Gegenläufig sind die Umsätze im Bereich Energiedienstleistungen insbesondere aufgrund höherer Erlöse aus der Veräußerung von Windkraftanlagen gestiegen. Der Verkauf dieser Anlagen, die im Vorjahr errichtet worden waren, ist ein wesentlicher Grund für Bestandsminderungen in Höhe von 2,6 Millionen Euro. Die **Gesamtleistung** sank auf 841,5 Millionen Euro (Vorjahr: 978,6 Millionen Euro).

Die **Sonstigen betrieblichen Erträge** betrugen 2017 insgesamt 18,2 Millionen Euro und sanken im Vergleich zum Vorjahr um 10,0 Millionen Euro. Dies ist im Wesentlichen auf geringere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und der Auflösung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen zurückzuführen. Im Vorjahr waren in diesen Posten Effekte aus der Verschmelzung der Biok Biomasse Heizkraftwerk GmbH enthalten.

Der **Materialaufwand** hat sich aufgrund der gesunkenen Vertriebsabgabe und der niedrigeren Energiebeschaffungspreise rückläufig entwickelt. Er reduzierte sich um 128,2 Millionen Euro auf 769,4 Millionen Euro.

Der **Personalaufwand** betrug 32,5 Millionen Euro (Vorjahr: 25,1 Millionen Euro). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf versicherungsmathematisch bedingt höhere Aufwendungen für die Altersversorgung zurückzuführen.

Die **Abschreibungen** auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen summierten sich im Berichtsjahr auf 6,2 Millionen Euro (Vorjahr: 6,2 Millionen Euro).

Die **Sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sanken 2017 auf 50,4 Millionen Euro (Vorjahr: 58,0 Millionen Euro). Die darin enthaltenen Aufwendungen aus der Bewertung der Pensionsverpflichtungen für in die prego services GmbH übertragene Mitarbeiter(innen), die aufgrund der Personalverrechnungsvereinbarung von der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT zu tragen sind, waren mit 3,4 Millionen Euro geringer als im Vorjahr (7,3 Millionen Euro). Außerdem entfiel ab 2017 der BilMoG-Unterschiedsbetrag bei den Pensionsrückstellungen, weil dieser im Vorjahr in Höhe von 7,0 Millionen Euro vollständig zugeführt wurde. Gegenläufig wirkte sich ein Anstieg der Provisionen aus, der hauptsächlich auf Kundenakquisemaßnahmen im Vertriebsbereich zurückzuführen ist.

Aufgrund der vorgenannten Effekte sank das **Betriebsergebnis** der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT im Geschäftsjahr 2017 auf 1,1 Millionen Euro (Vorjahr: 19,8 Millionen Euro).

Das **Beteiligungsergebnis** stieg auf 60,0 Millionen Euro (Vorjahr: 59,1 Millionen Euro). Sowohl die Erträge aus Beteiligungen als auch die Erträge aus Gewinnabführung legten leicht zu. Der Ergebnisbeitrag der Pfalzwerke Netz AG belief sich auf 50,8 Millionen Euro (Vorjahr: 49,5 Millionen Euro).

Das **EBIT** betrug 61,1 Millionen Euro und lag damit unter dem Vorjahreswert von 79,0 Millionen Euro.

Das **Zinsergebnis** hat sich im Berichtsjahr erwartungsgemäß auf -20,1 Millionen Euro verschlechtert (Vorjahr: -4,8 Millionen Euro), was insbesondere auf einen höheren Zinsaufwand aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen zurückzuführen ist, der 2016 infolge der Gesetzesänderung beim HGB-Referenzzinssatz einmalig gesunken war.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** sind auf 10,7 Millionen Euro (Vorjahr: 23,0 Millionen Euro) gesunken. Unter Berücksichtigung der Steuern weist die Gewinn- und Verlustrechnung der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT für das Berichtsjahr einen **Jahresüberschuss** in Höhe von 30,3 Millionen Euro (Vorjahr: 51,2 Millionen Euro) aus.

Die im Rahmen des Lageberichts 2016 prognostizierte Entwicklung der finanziellen Leistungsindikatoren hat sich im Geschäftsjahr 2017 im Wesentlichen bewahrheitet. Die Umsatzerlöse sind im Berichtszeitraum gegenüber 2016 aufgrund der rückläufigen Vertriebsabgabe gesunken. Das Betriebsergebnis lag daher unter dem Vorjahresniveau. Entgegen den Erwartungen nahm die Gewinnabführung der Pfalzwerke Netz AG gegenüber 2016 leicht zu. Das Zinsergebnis verschlechterte sich erwartungsgemäß durch den Wiederanstieg der Belastungen aus Pensionsverpflichtungen. EBIT und Jahresüberschuss lagen wie erwartet unter Vorjahresniveau.

2.4.2. Finanz- und Vermögenslage

Im Jahr 2017 belief sich die **Bilanzsumme** der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT auf 894,2 Millionen Euro (Vorjahr: 892,3 Millionen Euro). Auf der **Aktivseite** nahmen insbesondere die Finanzanlagen (Veränderung +35,8 Millionen Euro) und Wertpapiere des Umlaufvermögens (Veränderung +30,6 Millionen Euro) zu, während die Forderungen

aus Lieferungen und Leistungen (Veränderung -12,9 Millionen Euro) und die Forderungen gegen verbundene Unternehmen (Veränderung -35,0 Millionen Euro) zurückgingen. Letztere sanken im Wesentlichen aufgrund des Rückgangs der Forderungen gegenüber der Pfalzwerke Netz AG.

Auf der **Passivseite** ist eine Verminderung der Verbindlichkeiten um 14,1 Millionen Euro zu verzeichnen. Diese Minderung ergab sich insbesondere aus geringeren sonstigen Verbindlichkeiten, die im Wesentlichen aus einem Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden um 5,8 Millionen Euro und der Rückzahlung von Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 6,0 Millionen Euro resultieren.

Die **Rückstellungen** verminderten sich im Berichtsjahr insgesamt um 3,5 Millionen Euro auf 434,3 Millionen Euro. Die Pensionsrückstellungen stiegen um 6,8 Millionen Euro. Dagegen nahmen die sonstigen Rückstellungen um 11,9 Millionen Euro ab.

Das **Eigenkapital** hat sich aufgrund der Einstellung in die Gewinnrücklage und des höheren Bilanzgewinns vergrößert und betrug zum 31. Dezember 2017 263,8 Millionen Euro (Vorjahr: 244,2 Millionen Euro).

Die **wirtschaftliche Eigenkapitalquote** der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT erhöhte sich auf 28,2 Prozent (Vorjahr: 26,3 Prozent).

Der **Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit** lag bei -0,1 Millionen Euro (Vorjahr: 45,5 Millionen Euro). Als wesentliche Ursachen für den geringeren Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit sind der niedrigere Jahresüberschuss, eine Abnahme der kurzfristigen Rückstellungen sowie eine stärkere Reduzierung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind, zu nennen. Zudem sind Finanzmittel in Guthaben bei Kreditinstituten zur Vermeidung von Strafzinsen in Wertpapiere des Umlaufvermögens investiert worden und mindern damit den Cashflow. Gegenläufig wirkte sich der höhere Mittelzufluss aus der Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva aus.

Die **Investitionen** der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT in Höhe von 52,9 Millionen Euro entfielen im Wesentlichen auf Finanzanlagen (44,1 Millionen Euro), insbesondere Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Wertpapiere des Anlagevermögens, und immaterielle Vermögensgegenstände (7,0 Millionen Euro), insbesondere IT.

Zum 31. Dezember 2017 standen nicht in Anspruch genommene zugesagte Kreditlinien in Hohe von 38,7 Millionen Euro zur Verfügung.

2.5. Belegschaft

Die Belegschaft des Pfalzwerke-Konzerns umfasste im Berichtsjahr insgesamt 1.168 Mitarbeiter(innen) und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (1.096 Mitarbeiter(innen)) gestiegen. Davon entfallen 347 Mitarbeiter(innen) (Vorjahr: 309) auf die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT. 1.008 Mitarbeiter(innen) sind in unbefristeten und 66 in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Hochqualifizierte und motivierte Fachkräfte sind für den Erfolg und das Wachstum eines Unternehmens unerlässlich. Daher legt der Pfalzwerke-Konzern schon von jeher großen Wert auf die Ausbildung junger Menschen. Im Geschäftsjahr 2017 absolvierten insgesamt 93 Auszubildende und ein Trainee das Ausbildungsprogramm des Pfalzwerke-Konzerns.

3. Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementsystem und –prozess

Da unternehmerisches Handeln grundsätzlich mit Chancen und Risiken verbunden ist, wurde vom Vorstand der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ein konzernweit einheitliches Risikomanagementsystem eingerichtet. Der bewusste Umgang mit Risiken stellt einen integralen Bestandteil der Unternehmensführung und -kultur der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT dar.

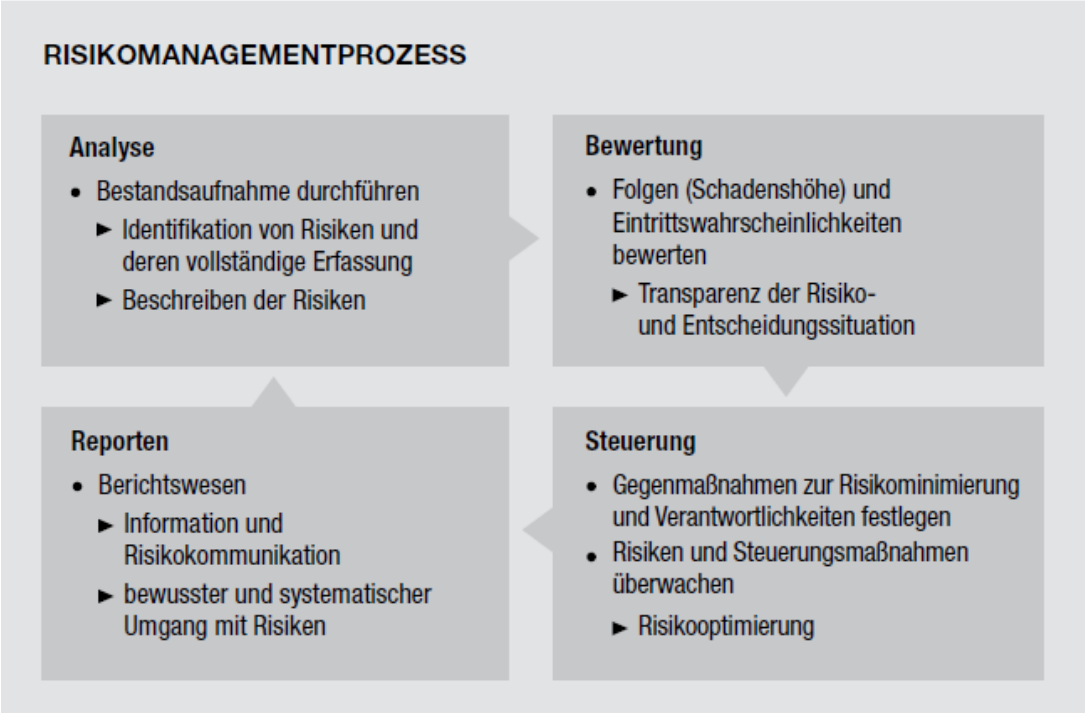
Die Steuerung des Risikomanagementprozesses wird von einer zentralen und unabhängigen Stelle innerhalb der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT verantwortet. Dezentrale Risikoansprechpartner der einzelnen Fachbereiche bzw. Gesellschaften arbeiten eng mit der zentralen Stelle zusammen. Dabei werden die Risiken durch die Risikoansprechpartner eigenverantwortlich identifiziert, bewertet und in einem geregelten Prozess an die zentrale Stelle gemeldet. Diese verantwortet die Einhaltung des Risikomanagementprozesses und überwacht die Entwicklung der einzelnen Risikopositionen. Es ist ein regelmäßiges Berichtswesen an den Vorstand implementiert, welches quartalsweise und gegebenenfalls ad hoc erfolgt.

Unter Risiko wird die Gefahr definiert, dass Ereignisse oder Handlungen das Unternehmen daran hindern, seine in der Planung festgelegten Ziele zu erreichen bzw. seine Strategie erfolgreich umzusetzen. Der Begriff des Risikos bezieht sich nicht nur auf die Gefahren, dass Risiken eintreten, sondern auch darauf, dass Chancen nicht realisiert werden können.

Diese weitgehende Risikodefinition resultiert aus der Erkenntnis, dass auch das Zusammentreffen mehrerer, für sich gesehen, nicht existenzgefährdender Risiken in ihrer Gesamtauswirkung zu einer Existenzgefährdung führen kann. Die quantitative Zielgröße, auf die ein Risiko einwirkt, ist definiert als das erwartete Jahresergebnis. Dies bedeutet, dass die in der mittelfristigen Unternehmensplanung vorgegebenen Prämissen und planerisch verarbeiteten Gegebenheiten grundsätzlich nicht mehr als Risiko anzusehen sind.

Es besteht ein konzernweit einheitliches Risikohandbuch, welches die oben beschriebene Risikodefinition, die Grundsätze des Risikomanagementprozesses und Verantwortlichkeiten regelt. Die einzelnen Risiken werden nach Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Es werden geeignete Maßnahmen festgelegt, um eine Reduzierung der

Risiken zu erzielen, wobei die Risiken brutto (Bewertung vor Gegenmaßnahmen) und netto (Bewertung nach Gegenmaßnahmen) dargestellt werden. Für die Risikobeurteilung ist die Nettobetrachtung maßgeblich. Eine Konsolidierung der Risiken auf Konzernebene wird durch das zentrale Risikomanagement sichergestellt.



Basierend auf Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit erfolgt eine Einstufung der Netto-Risiken in drei Risikoklassen. Die Wertgrenzen der Risikoklassen werden für jede Konzerngesellschaft individuell festgelegt.

Risikoklasse	Beschreibung des Risikos
wesentlich	Risiken, die das Jahresergebnis stark beeinflussen oder zu einer spürbaren Reduzierung des Unternehmenswertes führen **Aktionen: akuter Handlungsbedarf**
überwachen	Risiken, die eine spürbare Beeinträchtigung des Jahresergebnisses bewirken **Aktionen: regelmäßig überwachen, ggf. handeln**
beobachten	Risiken, die weder Jahresüberschuss noch Unternehmenswert spürbar beeinflussen **Aktionen: kein Handlungsbedarf**

Zur Risikobegrenzung ist in den Bereichen Beschaffung, Portfoliomanagement und Handel von Energie sowie Geld- und Wertpapiergeschäfte des Umlaufvermögens ein spezieller Risikomanagementprozess eingerichtet. Es wurden spezifische Regelungen, wie z. B. Handlungsrahmen, Verantwortlichkeiten, Eskalationsstufen und Limite festgelegt, deren Einhaltung durch das Risikocontrolling überwacht wird. In Anlehnung an die Mindestanforderungen für das Risikomanagement ist das Risikocontrolling fachlich und disziplinarisch bis zur Vorstandsebene von den Marktaktivitäten getrennt. Als Grundsatz- und Entscheidungsgremium wurde ein Risikokomitee eingerichtet. Das Risikocontrolling berichtet als unabhängige Stelle täglich, monatlich und gegebenenfalls ad hoc an das Risikokomitee. Die angewendeten Verfahren und Instrumentarien des Risikocontrollings werden methodisch stetig optimiert und weiterentwickelt.

Wesentliche und zu überwachende Risiken für den Pfalzwerke-Konzern, die spürbare Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, betreffen:

- Risiken im politisch / rechtlichen Umfeld
- Finanzrisiken bei Wertpapieren des Anlage- und Umlaufvermögens
- Markt- und Kreditrisiken bei der Beschaffung, dem Handel und dem Portfoliomanagement von Energie
- Leistungsrisiken bei technischen Anlagen
- Projektrisiken

Auf eine Darstellung der zu beobachtenden Risiken wird verzichtet, da die kumulierten Schadenerwartungswerte der wesentlichen und zu überwachenden Risiken rund 60 Prozent des Gesamtschadenerwartungswerts des Konzerns, der verbundenen Unternehmen und der Unternehmen mit einem Beteiligungsanteil von 50 Prozent, abdecken.

Risiken im politisch / rechtlichen Umfeld

Risiken können sich durch Veränderungen der regulatorischen, energiepolitischen und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen ergeben. Durch die Vorgaben der Bundesnetzagentur können branchentypische Regulierungsrisiken bei der Pfalzwerke Netz AG entstehen. So erfolgt alle fünf Jahre für Netzbetreiber eine Kostenprüfung durch die Bundesnetzagentur. Aktuell wird das Basisjahr 2016 geprüft. Das Ergebnis der Prüfung wird Auswirkungen auf die Erlösobergrenze 2019 bis 2023 haben. Eine mögliche Ergebnisreduzierung wirkt sich durch den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag zwischen der Pfalzwerke Netz AG und der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT periodengleich auf die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT aus und stellt ein wesentliches Risiko dar.

Finanzrisiken bei Wertpapieren des Anlage- und Umlaufvermögens

Negative Entwicklungen an den Kapitalmärkten können in der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT zu Wertberichtigungen bei gehaltenen Wertpapieren führen. Zu deren Steuerung und Überwachung ist ein strukturierter Management- und Controllingprozess implementiert. Dieser enthält Anlagenrichtlinien, eine Überwachung durch das Risikocontrolling sowie einen regelmäßigen Fachaustausch mit Banken und Beratern.

Zur Messung des Kursänderungsrisikos werden finanzwirtschaftlich anerkannte Methoden verwendet. Für Wertpapiere des Anlage- und Umlaufvermögens liegen Value-at-Risk (VaR)-Betrachtungen vor. Der VaR-Wert für die Wertpapiere des Anlagevermögens lag zum Bilanzstichtag bei 3,921 Millionen Euro. Für die Wertpapiere des Umlaufvermögens ergibt sich ein VaR von 1,790 Millionen Euro.

Markt- und Kreditrisiken bei der Beschaffung, dem Portfoliomanagement und Handel von Energie

Für die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ergeben sich durch die Tätigkeiten am Energiemarkt Chancen und Risiken. Aus ungünstigen Preisentwicklungen an den Energiemärkten entstehen zum Beispiel Risiken, wenn Energiemengen bei steigenden Marktpreisen eingedeckt oder bereits beschaffte Mengen bei sinkenden Preisen verkauft werden müssen. Diesen Risiken wird durch eine strukturierte Beschaffung unter Verwendung marktüblicher Instrumente entgegengewirkt. Die Marktrisiken werden durch das Risikocontrolling permanent überwacht. Ihre Quantifizierung erfolgt mit VaR-Modellen.

Der VaR für Strom- und Gasbeschaffung misst und bewertet die Abweichung zwischen prognostizierter oder bereits bestellter Absatz- und (i. d. R. über Standardprodukte) eingedeckter Beschaffungsmenge. Der VaR lag zum Bilanzstichtag bei 3,732 Millionen Euro.

Der VaR für den Handel bewertet das Marktpreisänderungsrisiko offener Positionen, die gemäß der Risikopolitik im kontrollierten Rahmen und unter strikter Einhaltung vorgegebener Limite zugelassen sind. Erzielte Gewinne und Verluste aus schwebenden Handelsgeschäften (Fair Value) fließen in die Bewertung mit ein. Dies dient zur Ermittlung der Ausschöpfung des Risikokapitalrahmens. Zum Bilanzstichtag lag der VaR bei -0,102 Millionen Euro.

Die nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS) 20 erforderlichen Angaben zu Systematik, Art und Kategorie der zur Bedienung des Vertriebsabsatzes abgeschlossenen Sicherungsgeschäfte sowie die Art der abgesicherten Risiken und die Art der Grundgeschäfte können dem Anhang unter „Derivative Finanzinstrumente“ entnommen werden.

Kreditrisiken können durch den Ausfall von Handelspartnern bzw. Kunden entstehen. Zur Steuerung des Kreditrisikos werden Bonitätsprüfungen eingesetzt, die einen strukturierten Freigabeprozess hinsichtlich der Geschäftsanbahnung sicherstellen. In die Bewertung fließen unter anderem mit Hilfe externer Ratingagenturen ermittelte Kenngrößen wie Bonitätsindizes, Branchenzugehörigkeit, Gesellschafterstruktur sowie Bilanzkennzahlen ein. Die Freigabe von Großhandelspartnern erfolgt durch das Risikocontrolling. Handels- und Beschaffungsgeschäfte werden in der Regel auf Grundlage marktüblicher Rahmenverträge abgeschlossen. Für die Freigabe von Geschäftskunden gelten vertriebliche Regelungen. Das Risikocontrolling überwacht zudem Konzentrations- und Volumenlimite in Bezug auf die Großhandelspartner. Das Kreditrisiko wird für den Handel und die Beschaffung monatlich und gegebenenfalls anlassbezogen ad hoc berechnet. Für die Kreditrisikoberechnung werden bezogen auf das Handels- und Beschaffungsportfolio analytische Verfahren eingesetzt. Zusätzlich erfolgen regelmäßig spezifische Kreditrisikobewertungen und Szenarioanalysen auf Großhandelspartner- und anlassbezogen auf Kundenebene sowie ad hoc Stresstests. Zum Bilanzstichtag betrug das mittels analytischer Verfahren berechnete Kreditrisiko 0,665 Millionen Euro.

Leistungsrisiken bei technischen Anlagen

An den technischen Anlagen der Pfalzwerke Netz AG kann es durch extreme Wetterbedingungen zu Schäden kommen. Dies könnte zu einer flächendeckenden Versorgungsunterbrechung in Verbindung mit monetären Schäden durch die anfallende Instandsetzung führen. Kontinuierliche Instandhaltungs- und Wartungsarbeiten sowie ein Investitionsprogramm und die regelmäßige Weiterbildung der Mitarbeiter(innen) tragen zur Minderung dieses Risikos bei. Ein IT-gestütztes Störungs- und Krisenmanagementsystem, dessen Wirksamkeit regelmäßig durch praktische Übungen anhand von Krisenszenarien getestet wird, grenzt die Schadenshöhe des Risikos weiter ein. Dies betrifft auch die anderen Unternehmen der Pfalzwerke-Gruppe, die über eine Vielzahl von technischen Anlagen zur Erfüllung der Kundenbedürfnisse, wie bspw. Telekommunikations- oder IT-Einrichtungen sowie Erzeugungs-/Versorgungsanlagen und -netze für Strom, Gas oder Wärme, verfügen. Teilweise sind diese Betriebsprozesse auch abhängig von komplexen natürlichen Bedingungen, wie z. B. Wetterereignissen oder geothermischen Veränderungen, die ebenfalls Auswirkungen auf die Leistung und Zuverlässigkeit der Anlagen haben können.

Projektrisiken

Die Wirtschaftlichkeit von Projekten des Pfalzwerke Konzerns im Bereich der Erneuerbaren Energien kann durch Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen oder technische Schwierigkeiten gefährdet werden. Projekte unterliegen einer sorgfältigen Planung und Kalkulation, was Projektrisiken reduziert. Bei der Umsetzung von Projekten erfolgt eine permanente Überwachung, um Abweichungen von geplanten Ergebnissen frühzeitig zu erkennen und angemessen reagieren zu können. Trotz dieser Optimierungsmaßnahmen kann aufgrund der für Erneuerbare Energien typischen Volatilität der Fall eintreten, dass die prognostizierte Energieausbeute nicht erreicht wird. Dies kann die nachhaltige Wirtschaftlichkeit von Projekten und in Abhängigkeit von Größe und Bedeutung auch die der betreffenden Konzerngesellschaft negativ beeinflussen.

Für Risiken aus Geothermieprojekten wurde bei der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT als Risikovorsorge bereits in den Vorjahren eine Rückstellung gebildet. Diese wird in voller Höhe beibehalten. Die Restrisikoposition unterliegt einer ständigen Überwachung.

Im Bereich der Windenergie können Risiken für die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT durch den Einsatz eines einzigen Anlagentyps entstehen. Hieraus eventuell entstehende Probleme können trotz Einhaltung der planerischen Vorgaben die Profitabilität von Projekten gefährden. Um Gewährleistungsrisiken im Zusammenhang mit dem Verkauf von Windkraftanlagen zu minimieren, reicht die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT die Gewährleistungsrechte gegenüber den Lieferanten der Windkraftanlagen vertraglich an den Windparkbetreiber weiter. Sollte ein Lieferant jedoch seine Geschäftstätigkeit einstellen, besteht im Rahmen der Gewährleistungsfrist ein Gewährleistungsrisiko. Für allgemeine Gewährleistungsrisiken wurde eine Rückstellung als Risikovorsorge gebildet. Die Entwicklung des Restrisikos wird weiterhin überwacht.

Bei den verbundenen Unternehmen erfolgt in Zusammenarbeit mit dem zentralen Risikomanagement eine regelmäßige Risikoinventur. Hierbei werden eventuelle Anpassungen oder Aktualisierungsbedarfe bei den einzelnen Risiken vorgenommen.

Gemeldete Risiken in den einzelnen Konzerngesellschaften können bei Eintritt die Wirtschaftslage der Gesellschaft negativ beeinflussen. Für den Pfalzwerke-Konzern stellen diese Risiken jedoch keine wesentlichen und somit auch keine bestandsgefährdenden Risiken dar.

Gesamtbeurteilung der Risikosituation

Über Risiken, aus deren Eintritt eine Bestandsgefährdung resultieren könnte, liegen derzeit keine Erkenntnisse vor. Auch für das Geschäftsjahr 2018 sind keine existenzbedrohenden Risiken ersichtlich.

Chancen und Wachstumspotenziale

Durch die Marktveränderungen in Folge der Energiewende ergeben sich für den Pfalzwerke-Konzern als innovative Dienstleistungsgruppe nicht nur Risiken, sondern auch Chancen für neue geschäftliche Aktivitäten und profitables Wachstum. Sein breites Leistungsspektrum rund um Erneuerbare Energien, Strom-, Gas-, Wärmeversorgung und Netzbetrieb mit einer ausgeprägten regionalen Verankerung und zugleich einem deutschlandweiten Vertriebsansatz bieten dem Pfalzwerke-Konzern eine gute Positionierung in der energiewirtschaftlichen Wertschöpfungskette.

Wachstumspotenziale erwarten den Konzern insbesondere im Bereich der ressourcenschonenden Erneuerbaren Energien. Die Chancen der Photovoltaik im Ausland und der Projektierung von Wind Onshore in Deutschland stehen hierbei im Vordergrund. Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT verfügt über ein ausgeprägtes eigenes Know-How in der Projektierung und Betriebsführung von WKA. Für die Projektierung von Photovoltaikanlagen hat sie mit der PFALZSOLAR GmbH zudem eine kompetente und erfolgreiche Tochtergesellschaft.

Auch Themen im Bereich Digitalisierung, bspw. im Kontext von Smart-Home-Lösungen, sowie den Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektromobilität sieht die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT als Wachstumsfelder an, die Chancen zur Erschließung neuer Märkte und Kundengruppen bieten.

Weitere Chancen im Bereich Digitalisierung ergeben sich durch den Kauf der Glasfaserinfrastruktur in Mannheim von der MVV Energie AG, den die PfalzKom, Gesellschaft für Telekommunikation mbH 2017 tätigte. Mit Hilfe der eigenen

Infrastruktur kann die Gesellschaft die langfristige Anbindung des Daten-Backbones an strategisch relevante Knotenpunkte sicherstellen und ein Höchstmaß an Datensicherheit gewährleisten. Damit verschafft sie sich und dem Pfalzwerke-Konzern einen strategischen Standortvorteil in der Region.

Chancen bieten sich dem Pfalzwerke-Konzern außerdem durch die konsequente Umsetzung des Kostenoptimierungsprojekts „Fokus“. Das Betriebsänderungsverfahren wurde bereits 2015 abgeschlossen. Zum Ende des Geschäftsjahrs 2017 befanden sich alle entwickelten Optimierungsmaßnahmen in der operativen Umsetzung und waren zu einem Großteil schon abgeschlossen. Das übergeordnete Ziel des gesellschaftsübergreifenden Vorhabens ist die Identifizierung und anschließende Umsetzung von Entwicklungspotenzialen, die Definition von Kostensenkungsmaßnahmen sowie die effizientere Gestaltung von Prozessen.

Die PW Netz AG hat gegen die Festlegung den Eigenkapitalzinses für Strom- und Gasnetzbetreiber für die dritte Regulierungsperiode in Höhe von 6,91 Prozent für Neuanlagen und 5,12 Prozent für Altanlagen durch die BNetzA fristgerecht Beschwerde einlegen lassen, um ihre Chancen auf eine rechtskonforme Eigenkapitalverzinsung zu wahren. Der vom OLG Düsseldorf bestellte Gerichtsgutachter hat bestätigt, dass die BNetzA aktuelle Kapitalmarktentwicklungen unberücksichtigt gelassen und dadurch den Wagniszuschlag zu restriktiv ermittelt hat. Eine Entscheidung des OLG ist für den 22. März 2018 angekündigt.

Frauenquote

Gemäß dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst, in Kraft getreten am 1. Mai 2015, sind Zielgrößen für den Frauenanteil in Führungspositionen in der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT festgelegt worden. Der Vorstand der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT hat für die beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands die Festlegung folgender Zielgrößen beschlossen:

- Zweite Führungsebene (Abteilungsleiter/Leitende Angestellte): 20,00 Prozent
- Dritte Führungsebene (Leiter/Gruppenleiter): 14,29 Prozent

Der Aufsichtsrat hat eine Zielquote für den Anteil von Frauen im Aufsichtsrat von 8,3 Prozent und für den Anteil von Frauen im Vorstand von 0 Prozent beschlossen. Die Festlegung erfolgte zum 1. Juli 2017 bis zum 30. Juni 2022. Alle Zielgrößen waren bereits zum Zeitpunkt der Beschlussfassung erreicht.

4. Ausblick

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist 2017 mit 2,2 Prozent überdurchschnittlich gewachsen. Für 2018 wird ein ähnlich hohes Wachstum erwartet. Die entscheidenden Impulse sollen weiterhin vom privaten Konsum, von den Investitionen und dem Export kommen.

Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das energiewirtschaftliche Umfeld hat sich 2017 durch neue Gesetze und Verordnungen weiter gewandelt. Von Bedeutung ist insbesondere die mit dem NEMoG beschlossene bundesweite Angleichung der NNE. Die Regelung wird sich in den westlichen Bundesländern zusätzlich erhöhend auf die NNE auswirken, welche aufgrund zunehmender Kosten für Netzstabilisierungsmaßnahmen infolge volatiler Einspeisung aus Erneuerbaren Energien ohnehin steigen.

Die drei im Westen tätigen Übertragungsnetzbetreiber haben die Entgelte bereits 2018 deutlich erhöht, am stärksten die für das Verteilnetz der Pfalzwerke Netz AG zuständige Amprion (+45 Prozent). Dies hat auch Auswirkungen auf die Höhe der NNE, die die Verteilnetzbetreiber bei den Energieversorgungsunternehmen erheben. Die mit dem NEMoG abgeschaffte Zahlung von vermiedenen NNE für volatil einspeisende Anlagen beeinflusst zudem die Rentabilität von EEG-Anlagen und damit das Projektierungsgeschäft der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT und ihrer Beteiligungen. Außerdem könnte die Streichung des EEG-Umlagerabatts für KWK-Neuanlagen durch die EU-Kommission erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen und auf das Geschäftsfeld dezentrale Energieerzeugungsanlagen der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT haben.

Schwer absehbar ist, welche Folgen sich aus der Diskussion um eine grundsätzliche Reformierung des EEG-Umlagesystems und die Einführung einer CO_2-Bepreisung für alle Energieträger ergeben. Die aus Teilen der Politik geforderten CO_2-Preise würden zu massiven Preiserhöhungen an den Energiemärkten führen.

Die Preise an den Großhandelsmärkten für Strom und Gas legten 2017 weiter zu bzw. entwickelten sich seitwärts. Auch für 2018 wird von einer Seitwärts- oder leichten Aufwärtsentwicklung der Energiepreise ausgegangen. Beim Strom erwartet die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT ein stabiles Preisniveau bei weiter zunehmender Volatilität am Spotmarkt. Beim Gas geht sie von einer zunehmenden Importabhängigkeit Europas aufgrund des steigenden Gasanteils bei der Verstromung, des Ausstiegs aus der Kohleverstromung in mehreren Ländern, der Schließung des britischen Gasspeichers in Rough und der Förderbegrenzungen in Groningen aus, die 2018 zu steigenden Gaspreisen führen könnte.

Der Haushaltsstrompreis legte aufgrund der gestiegenen Großhandelspreise 2018 durchschnittlich um 1,4 Prozent zu. Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT hingegen wird alle Anstrengungen unternehmen, die Preise in der Grundversorgung 2018 stabil zu halten und damit die Kundenbindung zu stärken.

Entwicklung einzelner Geschäftsfelder und Projekte

Das Messstellenbetriebsgesetz als Kern des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende hat die BNetzA zu tiefgreifenden Änderungen in der Marktkommunikation und den Vertrags- und Abrechnungsbeziehungen veranlasst. Sie legte zunächst für einen ca. zweijährigen Übergangszeitraum fest, wie Lieferanten, Messstellenbetreiber und Netzbetreiber künftig ihre Marktkommunikation abzuwickeln haben (sog. „Interimsmodell“, Start: 1. Oktober 2017). Bisher bestehende Zählpunkte sind in Markt- und Messlokationen zu splitten. Dafür müssen sowohl Netzbetreiber als auch Lieferanten das Stammdatenmodell grundlegend anpassen und wesentliche Veränderungen an bestehenden IT-Systemen und Prozessen vornehmen. Im Berichtsjahr wurde ein konzernübergreifendes Projekt zur Umsetzung dieser regulatorischen Anforderungen gestartet. Der Vertrieb der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT wird dabei die neue Marktrolle des wettbewerblichen Messstellenbetreibers einnehmen. Sowohl die Stammdatenumstellung als auch die Implementierung des Interimsmodells erfordern tiefgreifende Veränderungen in der IT-Vertriebsarchitektur und verursachen erheblichen Kostenaufwand.

Im Bereich Photovoltaik führt die verpflichtende Ausschreibung, die seit dem EEG 2017 für alle PV-Anlagen mit einer Leistung größer 750 kWp gilt, zu andauernden Unsicherheiten bei Großprojekten im deutschen Markt. Die Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen ist von den jeweiligen erteilten Zuschlägen abhängig, die im Geschäftsjahr deutlich stärker gesunken sind als die Investitionskosten. Im Marktsegment der Anlagen unter 750 kWp Leistung dagegen ist ein wirtschaftlicher Betrieb von neuen Photovoltaikanlagen aufgrund der unveränderten Einspeisevergütungstarife im Rahmen

des EEG nach wie vor gegeben. Zudem wirken sich die weiterhin leicht sinkenden Gestehungskosten, steigende bzw. konstant hohe Strompreise und das anhaltend niedrige Zinsniveau positiv auf die Nachfrage aus. Auch im internationalen Geschäft ist von einem weiteren Marktwachstum durch die immer wirtschaftlichere Produktion von Strom aus neuen PV-Anlagen auszugehen. Daher fokussiert sich die PFALZSOLAR GmbH zum einen auf den Ausbau des Privat- und Gewerbekundengeschäfts in Deutschland. Zum anderen entwickelt sie ihre Auslandsaktivitäten weiter. In den USA konnte das Projektentwicklungsgeschäft weiter ausgebaut werden und bietet Potenzial auch für das kommende Geschäftsjahr. Durch den erfolgreichen Einstieg als Anbieter von Generalunternehmerleistungen in den Niederlanden eröffnen sich zudem Perspektiven als Generalunternehmer in weiteren europäischen Ländern.

Im Bereich der Projektierung von Wind Onshore in Deutschland setzt die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT auf langjähriges Know-How in der Projektierung und Betriebsführung von WKA. Allerdings gestaltet sich das Windgeschäft durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen derzeit schwierig. Die Privilegierung der Bürgerenergiegesellschaften in den ersten drei Ausschreibungsrunden 2017 machte es für andere Projektierer nahezu unmöglich, einen Förderzuschlag zu erhalten. Eine Beseitigung dieser Privilegien hat der Gesetzgeber bisher nur befristet für die ersten beiden Ausschreibungen 2018 beschlossen. Weitere Unsicherheiten bei der Projektierung von WKA ergeben sich etwa aus der Forderung nach verschärften Mindestabstandsregeln in einigen Bundesländern.

Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien hat der Pfalzwerke-Konzern auch die damit verbundenen Themen Netzstabilität, Speicherung und Versorgungssicherheit im Blick und beteiligt sich aktiv an Forschungsprojekten in diesen Bereichen. Ein Beispiel dafür ist „SINTEG / Designetz / SESAM“, ein durch das BMWi gefördertes Verbundprojekt mit Fokus auf der intelligenten Verknüpfung von Netztechnologie, Energieerzeugung und -verbrauch. In den Zukunftsmärkten Smart Home und Ladeinfrastruktur Elektromobilität entwickelt die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT eigene Lösungen und Konzepte konsequent weiter. Die Projekte sind eng auf den Ausbau des Leistungsspektrums und der bestehenden Kompetenzen der gesamten Pfalzwerke-Gruppe abgestimmt und dienen so einer nachhaltigen Stärkung des gesamten Konzerns.

Die konsequente Umsetzung der im Rahmen des Kostenoptimierungsprojekts „Fokus“ entwickelten Maßnahmen wird im Geschäftsjahr 2018 systematisch weiter verfolgt. Das Projekt hat die Zielsetzung, Kostensenkungspotenziale zu identifizieren sowie Prozesse und Schnittstellen auch über die Unternehmensgrenzen hinweg zu optimieren. Im Projektzeitraum konnten bereits 60 von 83 definierten Fokus-Maßnahmen im Pfalzwerke-Konzern kostenwirksam umgesetzt werden. Die weiterhin in der Umsetzung befindlichen Maßnahmen werden 2018 und in den darauffolgenden Jahren kostenwirksam werden.

Für eine Prognose des Geschäftsjahres 2018 ist eine Betrachtung der relevanten finanziellen Leistungsindikatoren erforderlich. Diese beinhalten insbesondere die erwarteten Umsatz- und Ergebnisziele. Nach aktuellen Einschätzungen ergibt sich folgender Ausblick:

Prognose Pfalzwerke-Konzern

- Derzeit wird davon ausgegangen, dass sich die Umsatzerlöse 2018 trotz der herausfordernden wettbewerblichen Rahmenbedingungen im Commodity-Vertrieb und in den Energiedienstleistungen nahezu auf dem Niveau des Vorjahres bewegen werden.
- Angesichts der Wettbewerbserwartungen, der geringer erwarteten Vertriebsabgabe und des prognostizierten Rückgangs der Sonstigen betrieblichen Erträge wird das Betriebsergebnis 2018 voraussichtlich deutlich unter dem Niveau von 2017 liegen.

- Ferner wird unterstellt, dass der Ergebnisbeitrag der Pfalzwerke Netz AG 2018 gegenüber 2017 auf einem deutlich niedrigeren Niveau liegen wird. Der Ergebnisbeitrag der Pfalzwerke Netz AG war 2016 durch einen einmaligen, exogen beeinflussten Entlastungseffekt im Zinsaufwand für Pensionsverpflichtungen geprägt. Dieser ist auf den durch den Gesetzgeber im März 2016 geänderten HGB-Referenzzinssatz zurückzuführen. Im Geschäftsjahr 2018 werden die Entlastungseffekte aus 2016 ergebnisbelastend in der Erlösobergrenze der Pfalzwerke Netz AG wirken.
- Aufgrund der vorgenannten Entwicklungen wird das EBIT-Niveau des Geschäftsjahrs 2017 in 2018 voraussichtlich deutlich unterschritten werden.
- Im Zusammenhang mit energiewirtschaftlichen Risiken hat die Pfalzwerke Netz AG auch in den Vorjahren Rückstellungen gebildet. Sofern diese Risiken aufgrund neuer gesetzlicher Auslegung in 2018 entfallen, müssen die bestehenden Rückstellungen ergebniswirksam aufgelöst werden.
- Für 2018 wird weiterhin von signifikanten Belastungen aus Pensionsverpflichtungen ausgegangen.
- Unter Berücksichtigung der beschriebenen Trends und Annahmen erwartet der Pfalzwerke-Konzern für 2018 einen Jahresüberschuss deutlich unter dem Niveau des Vorjahres.

Prognose PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

- Derzeit wird davon ausgegangen, dass sich die Umsatzerlöse 2018 trotz der herausfordernden wettbewerblichen Rahmenbedingungen im Commodity-Vertrieb und in den Energiedienstleistungen nahezu auf dem Niveau des Vorjahres bewegen werden.
- Trotz der Wettbewerbserwartungen und der geringer erwarteten Vertriebsabgabe wird das Betriebsergebnis 2018 voraussichtlich merklich über dem Niveau von 2017 liegen. Dies ist neben einer stabilen Ertragslage im Energievertrieb auf geringer erwartete Provisionsaufwendungen zurückzuführen.
- Ferner wird unterstellt, dass die Gewinnabführung der Pfalzwerke Netz AG 2018 gegenüber 2017 auf einem deutlich niedrigeren Niveau liegen wird. Die Gewinnabführung der Pfalzwerke Netz AG war 2016 durch einen einmaligen, exogen beeinflussten Entlastungseffekt im Zinsaufwand für Pensionsverpflichtungen geprägt. Dieser ist auf den durch den Gesetzgeber im März 2016 geänderten HGB-Referenzzinssatz zurückzuführen. Im Geschäftsjahr 2018 werden die Entlastungseffekte aus 2016 ergebnisbelastend in der Erlösobergrenze der Pfalzwerke Netz AG wirken.
- Aufgrund der vorgenannten Entwicklungen, insbesondere in der Pfalzwerke Netz AG, wird das EBIT-Niveau des Geschäftsjahrs 2017 in 2018 voraussichtlich deutlich unterschritten werden.
- Im Zusammenhang mit energiewirtschaftlichen Risiken hat die Pfalzwerke Netz AG auch in den Vorjahren Rückstellungen gebildet. Sofern diese Risiken aufgrund neuer gesetzlicher Auslegung in 2018 entfallen, müssen die bestehenden Rückstellungen ergebniswirksam aufgelöst werden.
- Für 2018 wird weiterhin von signifikanten Belastungen aus Pensionsverpflichtungen ausgegangen. Die vergangenen wie auch künftigen Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen gelten hierbei sowohl für aktive Mitarbeiter(innen) der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT als auch für zum Ausgliederungsstichtag passive Mitarbeiter(innen) der Pfalzwerke Netz AG, deren Rückstellungen seinerzeit nicht auf die Pfalzwerke Netz AG übertragen wurden und damit überproportional das Finanzergebnis der Muttergesellschaft beeinflussen.
- Unter Berücksichtigung der beschriebenen Trends und Annahmen erwartet die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT für 2018 einen Jahresüberschuss deutlich unter dem Niveau des Vorjahres.

Ludwigshafen am Rhein, 7. März 2018

Der Vorstand

Dr. Werner Hitschler René Chassein

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2017

AKTIVA	Anhang	31.12.2017 T€	31.12.2017 T€	Vorjahr T€	Vorjahr T€
Anlagevermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände		**11.094**		6.304	
Sachanlagen		**40.561**		44.042	
Finanzanlagen	4.	**519.963**		484.190	
			571.618		534.536
Umlaufvermögen					
Vorräte	5.	**8.160**		10.954	
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.	**140.016**		191.810	
Wertpapiere	7.	**111.517**		80.886	
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	8.	**61.877**		72.485	
			321.570		356.135
Rechnungsabgrenzungsposten	9.		**1.048**		1.602
Summe Aktiva			**894.236**		**892.273**

PASSIVA	Anhang	31.12.2017 T€	31.12.2017 T€	Vorjahr T€	Vorjahr T€
Eigenkapital					
Gezeichnetes Kapital	10.	**96.000**		96.000	
Rechnerischer Wert der eigenen Anteile		**-1.091**		-1.318	
Ausgegebenes Kapital		**94.909**		94.682	
Kapitalrücklage		**2.958**		2.958	
Gewinnrücklagen	11.	**127.888**		120.252	
Bilanzgewinn	12.	**38.083**		26.262	
			263.838		244.154
Empfangene Ertragszuschüsse	13.		**1.756**		1.913
Rückstellungen	14.		**434.343**		437.836
Verbindlichkeiten	15.		**194.299**		208.370
Rechnungsabgrenzungsposten			**0**		0
Summe Passiva			**894.236**		**892.273**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Anhang	2017 T€	Vorjahr T€
Umsatzerlöse	21.	**928.599**	1.085.429
Strom- und Energiesteuer		**-85.503**	-113.568
Umsatzerlöse (ohne Strom- und Energiesteuer)		**843.096**	971.861
Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (Vorjahr: Erhöhung)		**-2.581**	6.303
Andere aktivierte Eigenleistungen		**965**	485
Sonstige betriebliche Erträge	22.	**18.172**	28.161
Materialaufwand	23.	**-769.438**	-897.640
Personalaufwand	24.	**-32.536**	-25.095
Abschreibungen	25.	**-6.237**	-6.235
Sonstige betriebliche Aufwendungen	26.	**-50.358**	-58.027
Betriebsergebnis		**1.083**	19.813
Finanzergebnis	27., 28.	**39.909**	54.353
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	29.	**-10.707**	-22.954
Jahresüberschuss		**30.285**	51.212
Gewinnvortrag		**15.198**	50
Entnahmen aus Gewinnrücklagen wegen Erwerb eigener Anteile	11., 12.	**35**	37
Ertrag aus offener Absetzung des rechnerischen Wertes eigener Anteile	11., 12.	**32**	40
Aufwand aus Erwerb eigener Anteile	11., 12.	**-67**	-77
Einstellungen in Gewinnrücklagen aus Verkauf eigener Anteile	11., 12.	**-271**	0
Aufwand aus Wegfall der offenen Absetzung des rechnerischen Wertes eigener Anteile	11., 12.	**-259**	0
Erlös aus Verkauf eigener Anteile	11., 12.	**530**	0
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	11., 12.	**-7.400**	-25.000
Bilanzgewinn		**38.083**	26.262

Anhang des Geschäftsjahres 2017

1. Allgemeine Angaben

Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT hat Ihren Sitz in Ludwigshafen am Rhein und ist eingetragen in das Handelsregister B des Amtsgerichts Ludwigshafen am Rhein (Handelsregisternummer: HRB 1196).

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) - unter Beachtung der Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) sowie des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) - in Euro (€) aufgestellt; er wird in T€ veröffentlicht.

Die Gliederungs-, Ausweis- und Bewertungsgrundsätze wurden gegenüber dem Vorjahr beibehalten.

In der Bilanz sowie in der Gewinn- und Verlustrechnung sind aus Gründen einer verbesserten Übersicht Posten zusammengefasst, die im Anhang jedoch gesondert aufgegliedert werden. Die Aufgliederung und Entwicklung des in der Bilanz dargestellten Anlagevermögens zeigt der im Anhang enthaltene Anlagespiegel.

Der Jahresabschluss ist unter Berücksichtigung der vom Vorstand vorgeschlagenen Gewinnverwendung aufgestellt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren angewandt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und unter Zugrundelegung ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Zugänge bei den Sachanlagen (ggf. einschließlich aktivierter Eigenleistungen) sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten umfassen die Materialeinzelkosten, die Fertigungseinzelkosten, die Sonderkosten der Fertigung und angemessene Teile der Materialgemeinkosten, der Fertigungsgemeinkosten, des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist sowie angemessene Teile der Verwaltungsgemeinkosten.

Die planmäßigen Abschreibungen für unbewegliche Sachanlagen werden grundsätzlich linear, in Altfällen (Zugänge bis 1995) stufendegressiv vorgenommen. Bei beweglichen Sachanlagen (Zugänge bis 31. Dezember 2007) wird überwiegend von der degressiven Abschreibungsmethode Gebrauch gemacht. Der Übergang zur linearen Methode erfolgt, sobald diese zu höheren Abschreibungen führt. Zugänge werden seit dem 1. Januar 2008 linear abgeschrieben.

Von der Übergangsregelung des Art. 67 Abs. 4 EGHGB, nach der Vermögensgegenstände, die vor dem 1. Januar 2010 degressiv abgeschrieben wurden, fortgeführt werden können, wurde Gebrauch gemacht. Den Abschreibungen liegen die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern in Anlehnung an die amtlichen Abschreibungstabellen zu Grunde.

Für Zugänge von beweglichen Sachanlagen werden die Abschreibungen im Zugangsjahr pro rata temporis berücksichtigt. Die Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgen ausschließlich linear. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen. In Anlehnung an § 6 Abs. 2 EStG werden Anschaffungs- oder Herstellungskosten von abnutzbaren beweglichen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, die einer selbständigen Nutzung fähig sind, von bis zu 150 € im Geschäftsjahr der Anschaffung in voller Höhe als

Aufwand behandelt. Bei Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen 150 € und 1.000 € erfolgt in Anlehnung an § 6 Abs. 2a EStG die Aktivierung auf Sammelposten. Die Sammelposten sind im Geschäftsjahr der Bildung und den folgenden vier Geschäftsjahr mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd abzuschreiben.

Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens, Ausleihungen sowie von der Gesellschaft gewährte Darlehen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten oder zum Nominalwert angesetzt bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert, sofern die Wertminderung voraussichtlich dauerhaft ist. Rückdeckungsversicherungen sind mit dem Rückkaufswert bilanziert.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen sowie fertige Erzeugnisse und Waren sind zu Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet bzw. werden - unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips - mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Die Herstellungskosten der Vorräte umfassen die gleichen Bestandteile wie die Herstellungskosten der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert oder zum Barwert bewertet.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit dem Devisenkassamittelkurs zum Abschlussstichtag umgerechnet. Bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurde dabei das Realisationsprinzip (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB) und das Anschaffungskostenprinzip (§ 253 Abs. 1 Satz 1 HGB) beachtet. Zweifelhafte Forderungen sind mit ihrem voraussichtlich realisierbaren Wert ausgewiesen. Für das allgemeine Kreditrisiko ist eine Pauschalwertberichtigung gebildet. Forderungen mit einer Überfälligkeit größer 90 und kleiner 365 Tagen bzw. zwischen 365 und 1.095 Tagen bzw. größer 1.095 Tagen werden in Höhe von 50 bzw. 75 bzw. 100 % ihres Buchwerts wertberichtigt.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der Pfalzwerke Netz AG, Ludwigshafen am Rhein, werden saldiert, sofern die Voraussetzungen einer Aufrechnungslage gegeben sind.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Der Posten Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten ist mit dem Nominalwert angesetzt.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind Auszahlungen im Geschäftsjahr ausgewiesen, die erst in Folgejahren aufwandswirksam werden.

Die empfangenen Ertragszuschüsse werden auf Grund der Allgemeinen Versorgungsbedingungen und besonderer Vereinbarungen vereinnahmt. Die ausgewiesene Position beinhaltet empfangene Ertragszuschüsse für Anlagen der Wärmeversorgung und Anlagen für Erneuerbare Energien. Die Bildung von Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse erfolgt in Höhe des auf den jeweiligen Vermögensgegenstand entfallenden (Teil des) Zuschussbetrages („passivischer Bruttoausweis“). Die Sonderposten werden zeitanteilig – vergleichbar mit der Jahresabschreibung – über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes erfolgswirksam aufgelöst. Die Auflösung der empfangenen Ertragszuschüsse erfolgt über die Umsatzerlöse.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf Basis externer versicherungsmathematischer Gutachten nach der Anwartschaftsbarwertmethode unter Verwendung der "Richttafeln 2005 G" von Klaus Heubeck ermittelt. Für die Abzinsung wurde der durchschnittliche Marktzinssatz von 3,68 % (Vorjahr: 4,01 %) gemäß der

Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) vom 18. November 2009 verwendet. Der Betrachtungszeitraum für die Berechnung des Durchschnittszinssatzes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB beträgt zehn Jahre. Erwartete jährliche Gehaltssteigerungen wurden mit 2,75 % (unverändert zum Vorjahr) und erwartete Rentensteigerungen mit 1,80 % (unverändert zum Vorjahr) berücksichtigt.

Die Steuerrückstellungen und die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt.

Sonstige Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre unter Anwendung der Nettomethode abgezinst. In Anwendung des in Art. 67 Abs. 3 EGHGB eingeräumten Wahlrechts wurden Rückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB in der bis zum 28. Mai 2008 geltenden Fassung beibehalten (Aufwandsrückstellungen).

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Für die Ermittlung latenter Steuern auf Grund von temporären oder quasi-permanenten Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder auf Grund steuerlicher Verlustvorträge werden die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen im Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst. Aktive und passive Steuerlatenzen werden verrechnet. Bei der Berechnung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 28,96 % zu Grunde gelegt (unverändert zum Vorjahr). Wesentliche aktive latente Steuern ergaben sich aus der unterschiedlichen handels- und steuerrechtlichen Bewertung bei den Pensionsrückstellungen und den sonstigen Rückstellungen. Die Aktivierung latenter Steuern unterbleibt in Ausübung des dafür bestehenden Ansatzwahlrechts.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten werden vor dem Bilanzstichtag erhaltene Einnahmen ausgewiesen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

3. Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- bzw. Herstellungswerte				
	Stand Anfang Berichtsjahr	Zugänge	Um-buchungen	Abgänge	**Stand Ende Berichtsjahr**
	T€	T€	T€	T€	**T€**
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Software	**19.579**	5.675	23	-	**25.277**
Geleistete Baukostenzuschüsse	**32**	-	-	-	**32**
Geleistete Anzahlungen	**256**	1.334	-23	-	**1.567**
Immaterielle Vermögensgegenstände gesamt	**19.867**	7.009	0	0	**26.876**
Sachanlagen					
Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	**35.976**	53	10	-	**36.039**
Technische Anlagen und Maschinen	**79.367**	408	176	2.154	**77.797**
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	**10.292**	365	39	103	**10.593**
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	**798**	950	-225	-	**1.523**
Sachanlagen gesamt	**126.433**	1.776	0	2.257	**125.952**
Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen	**131.040**	6.500	-537	1.966	**135.037**
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	**50.035**	24.400	-	5.160	**69.275**
Beteiligungen	**76.618**	336	537	5	**77.486**
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	**1.671**	150	-	13	**1.808**
Wertpapiere des Anlagevermögens	**226.320**	12.500	-	-	**238.820**
Rückdeckungsversicherung	**2.060**	260	-	-	**2.320**
Finanzanlagen gesamt	**487.744**	44.146	0	7.144	**524.746**
Anlagevermögen gesamt	**634.044**	52.931	0	9.401	**677.574**

kumulierte Abschreibungen

Stand Anfang Berichtsjahr	Zugänge	Ab-schreibungen Berichtsjahr	Um-buchungen	Abgänge	**Stand Ende Berichtsjahr**	**Buchwerte 31.12.2017**	Buchwerte Vorjahr
T€	T€	T€	T€	T€	**T€**	**T€**	T€
13.531	-	2.219	-	-	**15.750**	**9.527**	6.048
32	-	-	-	-	**32**	**0**	0
0	-	-	-	-	**0**	**1.567**	256
13.563	0	2.219	0	0	**15.782**	**11.094**	6.304
25.861	-	513	-	-	**26.374**	**9.665**	10.115
47.181	-	3.143	-	935	**49.389**	**28.408**	32.186
9.349	-	362	-	83	**9.628**	**965**	943
0	-	-	-	-	**0**	**1.523**	798
82.391	0	4.018	0	1.018	**85.391**	**40.561**	44.042
567	-	-	-	-	**567**	**134.470**	130.473
0	-	-	-	-	**0**	**69.275**	50.035
2.987	-	1.229	-	-	**4.216**	**73.270**	73.631
0	-	-	-	-	**0**	**1.808**	1.671
0	-	-	-	-	**0**	**238.820**	226.320
0	-	-	-	-	**0**	**2.320**	2.060
3.554	0	1.229	0	0	**4.783**	**519.963**	484.190
99.508	0	7.466	0	1.018	**105.956**	**571.618**	534.536

In den Abschreibungen sind keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen enthalten.

Erläuterungen zur Bilanz

4. Finanzanlagen

	31.12.2017 T€	Vorjahr T€
Anteile an verbundenen Unternehmen	**134.470**	130.473
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	**69.275**	50.035
Beteiligungen	**73.270**	73.631
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	**1.808**	1.671
Wertpapiere des Anlagevermögens	**238.820**	226.320
Rückdeckungsversicherung	**2.320**	2.060
	519.963	484.190

Der Anstieg der **Anteile an verbundenen Unternehmen** ist im Wesentlichen auf eine Kapitalerhöhung bei der PfalzKom Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Ludwigshafen am Rhein, zurückzuführen.

Die Veränderung bei den **Ausleihungen an verbundene Unternehmen** resultiert im Wesentlichen aus der Gewährung eines Darlehens an die PfalzKom Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Ludwigshafen am Rhein.

Bei den **Wertpapieren des Anlagevermögens** handelt es sich ausschließlich um Anteile an einem Spezialfonds. In Höhe von 12.500 T€ wurden neue Fondsanteile angeschafft. Das Sondervermögen ist als Gegenposition zu bestehenden und zukünftigen Verpflichtungen - aus Pensionsansprüchen und ähnlichen Verpflichtungen - zu verstehen und strebt als Anlageziel eine langfristige, wertbeständige und auf Ertrag orientierte Anlageform an. Der Marktwert (Inventarwert) beträgt 261.374 T€. Die positive Differenz zum Buchwert beläuft sich auf 22.554 T€. Die im Geschäftsjahr 2017 erfolgte Ausschüttung beträgt 3.602 T€. Es gibt keine Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe von Fondsanteilen.

Für bestehende **Rückdeckungsversicherungen** wird der Rückdeckungsanspruch unter den Finanzanlagen aktiviert. Die ausschließlich der Erfüllung der Altersversorgungsverpflichtungen dienenden, dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogenen Vermögensgegenstände (Deckungsvermögen i.S.d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB) wurden mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Rückkaufswert der Rückdeckungsversicherung) mit den Rückstellungen verrechnet.

Angaben zum Anteilsbesitz gemäß § 285 Satz 1 Nr. 11 HGB

Anteile an verbundenen Unternehmen [1]	31.12.2017 Anteil am Kapital in %	Eigenkapital [2] in T€	Jahresergebnis [2] in T€
Pfalzwerke geofuture GmbH, Ludwigshafen am Rhein [3]	100,00	6.920	0
Pfalzwerke Infrastruktur GmbH, Ludwigshafen am Rhein	100,00	61	4
Pfalzwerke Netz AG, Ludwigshafen am Rhein [3]	100,00	113.572	0
Pfalzwerke Service GmbH, Ludwigshafen am Rhein	100,00	32	3
Repa GmbH Elektrotechnik, Landau in der Pfalz	100,00	-396	-692
Pfalzwerke Neue Energie Bubenheim GmbH & Co. KG, Bubenheim	70,00	2.576	26
FFR Fernwärmeversorgung Flugplatz Ramstein GmbH, Ramstein-Miesenbach [4]	65,00	6.666	-
Neue Energie Neuhofen GmbH, Neuhofen	51,00	113	13
Neue Energie Verbandsgemeinde Lingenfeld GmbH, Lingenfeld	51,00	114	-6
PfalzKom Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Ludwigshafen am Rhein	100,00	8.647	2.349
(nachfolgend die Beteiligungen der PfalzKom Gesellschaft für Telekommunikation mbH)			
MAnet GmbH, Ludwigshafen am Rhein	100,00	6.965	1.544
TWL-Kom GmbH, Ludwigshafen am Rhein	40,00	719	130
Network Engineering GmbH, Speyer	25,30	344	25

[1] Die im Vorjahr unter den verbundenen Unternehmen aufgeführte Pfalzwerke Neue Energie Kindenheim GmbH & Co. KG , Kindenheim, wurde mit Eintragung im Handelsregister am 6. November 2017 in Pfalzwerke Neue Energie Rhein-Haardt GmbH & Co. KG, Kindenheim, umbenannt und die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, hat Ihren Anteilsbesitz auf 25,1 % reduziert. Die Gesellschaft wird zum 31. Dezember 2017 unter den Beteiligungen ausgewiesen.

[2] Sämtliche Angaben aus den Jahresabschlüssen 2016.

[3] Auf Grund eines Gewinnabführungsvertrages weist die Gesellschaft kein Jahresergebnis aus.

[4] Unterlassen der Angabe des Jahresergebnisses nach § 286 Abs. 3 Nr. 2 HGB.

Anteile an verbundenen Unternehmen (Fortsetzung)	31.12.2017 Anteil am Kapital in %	Eigenkapital [1] in T€	Jahresergebnis [1] in T€
PFALZSOLAR GmbH, Ludwigshafen am Rhein	100,00	4.130	958
(nachfolgend die Tochtergesellschaften der PFALZSOLAR GmbH)			
Pfalzsolar Betriebsführungsgesellschaft mbH, Ludwigshafen am Rhein	100,00	83	30
Pfalzsolar Solarpark II GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein	100,00	0	179
Pfalzsolar Solarpark III GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein	100,00	0	-10
Pfalzsolar Solarpark IV GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein	100,00	0	0
Pfalzsolar Solarpark V GmbH & Co. KG, Nobitz	100,00	0	310
Pfalzsolar Inc., Atlanta (USA)	100,00	1	0
Pfalzsolar Solarpark I GmbH & Co. KG, Ludwigshafen am Rhein	5,00	0	172

[1] Sämtliche Angaben aus den Jahresabschlüssen 2016.

Beteiligungen	31.12.2017 Anteil am Kapital in %	Eigenkapital [1] in T€	Jahresergebnis [1] in T€
Enovos Pfalzwerke Beteiligungsgesellschaft St. Ingbert mbH, St. Ingbert	50,00	14.184	930
NaturEnergie Rockenhauser Land GmbH (NERo), Rockenhausen	50,00	148	28
Neue Energie Landkreis Bad Dürkheim GmbH, Bad Dürkheim [2]	50,00	-	-
Neue Energie Landkreis Kaiserslautern GmbH, Kaiserslautern	50,00	97	5
Neue Energie Rhein-Pfalz-Kreis GmbH, Ludwigshafen am Rhein	50,00	97	-3
Pfalzgas GmbH, Frankenthal	50,00	46.037	9.831
Pfalzwerke Neue Energie Oberndorf GmbH & Co. KG, Oberndorf	50,00	1.912	-235
pfalzwind GmbH, Ludwigshafen am Rhein	50,00	7.197	-952
prego services GmbH, Saarbrücken	50,00	-2.624	5.097
VOLTARIS GmbH, Maxdorf	50,00	2.431	1.648
Neue Energie Pfälzer Bergland GmbH, Kusel	49,00	305	37
BESTEC GmbH, Kandel	48,98	1.198	-13
Neue Energie Donnersbergkreis GmbH, Kirchheimbolanden	44,90	182	27
BioEnergie Maikammer GmbH, Maikammer	40,00	133	11
Pfalzwerke Neue Energie Göllheim GmbH & Co. KG, Göllheim	33,33	5.697	-468
BioEnergie Südpfalz GmbH & Co. KG, Freckenfeld [3]	26,49	-1.432	-1.340
Energiegesellschaft Südwestpfalz GmbH, Pirmasens	25,10	95	-5
Pfalzwerke Neue Energie Rhein-Haardt GmbH & Co. KG, Kindenheim	25,10	2.503	-1
Stadtwerke Neustadt an der Weinstraße GmbH, Neustadt an der Weinstraße [4]	24,90	27.673	0
Digital Transformation HUB GmbH, Kaiserslautern [5]	24,90	-	-
Wärme-Service Zweibrücken GmbH (WSZ), Zweibrücken [6]	24,50	1.063	-
Stadtwerke Bliestal GmbH, Blieskastel [4]	23,50	11.014	0
Stadtwerke Lambrecht (Pfalz) GmbH, Lambrecht (Pfalz) [4]	20,00	4.634	0
KEN Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Neunkirchen	15,00	52	0
Pfalzenergie GmbH, Kaiserslautern	10,84	1.049	56
Stadtwerke Frankenthal GmbH, Frankenthal [4]	10,00	23.579	0

[1] Sämtliche Angaben aus den Jahresabschlüssen 2016.
[2] Die Gesellschaft wurde am 30. März 2017 gegründet.
[3] Über das Vermögen der Gesellschaft wurde mit Beschluss des Amtsgerichts – Insolvenzgerichts – Landau in der Pfalz vom 2. November 2016 das Insolvenzverfahren eröffnet. Die angegebenen Werte basieren auf dem Jahresabschluss 31. Dezember 2015.
[4] Auf Grund eines Gewinnabführungsvertrages weist die Gesellschaft kein Jahresergebnis aus.
[5] Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, hat gemäß notarieller Beurkundung vom 18. Oktober 2017 24,9 % der Geschäftsanteile übernommen. Die Gesellschaft wurde am 16. März 2017 gegründet.
[6] Unterlassen der Angabe des Jahresergebnisses nach § 286 Abs. 3 Nr. 2 HGB.

Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, hat einen Konzernabschluss nach § 290 ff. HGB erstellt. Dieser wird beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und veröffentlicht.

5. Vorräte

	31.12.2017 T€	Vorjahr T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	**194**	437
Unfertige Erzeugnisse	**5.510**	8.547
Unfertige Leistungen	**2.250**	1.794
Waren	**206**	176
	8.160	10.954

6. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2017 T€	Vorjahr T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	**122.954**	135.871
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	**6.752**	41.746
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	***272***	*1.893*
davon sonstige Forderungen	***6.480***	*39.853*
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	**983**	1.166
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	***391***	*418*
davon sonstige Forderungen	***592***	*748*
Sonstige Vermögensgegenstände	**9.327**	13.027
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	***18***	*18*
	140.016	191.810

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die vorwiegend aus Energielieferungen resultieren, ergeben sich wie folgt:

	31.12.2017 T€	Vorjahr T€
Forderungen aus Energielieferungen und aus anderen Liefer- und Leistungsgeschäften	**288.312**	**281.112**
erhaltene Abschlagszahlungen	**-165.358**	-145.241
	122.954	135.871

Für die erst nach Durchführung der Jahresverbrauchsabrechnung in genauer Höhe feststehenden Forderungen aus Stromlieferungen an Letztverbraucher und Weiterverteiler werden zählpunktscharfe Schätzungen angesetzt.

In **den Forderungen gegen verbundene Unternehmen** werden kurzfristige Forderungen (inklusive Ergebnisabführung) und Verbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme einer Kreditlinie mit der Pfalzwerke Netz AG, Ludwigshafen am Rhein, verrechnet. Die Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten erfolgt nur bei Vorliegen einer Aufrechnungslage. Zum 31. Dezember 2017 ergibt sich nach Saldierung eine Verbindlichkeit.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** umfassen Forderungen aus Darlehen, Zinsabgrenzungen, geleistete Anzahlungen sowie CO_2-Zertifikate aus dem Emissionshandel.

7. Wertpapiere

Unter diesem Posten werden ausschließlich **Sonstige Wertpapiere** mit 111.517 T€ (Vorjahr: 80.886 T€), insbesondere Anleihen, Aktien, Investmentfonds und Zertifikate, ausgewiesen.

8. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

	31.12.2017	Vorjahr
	T€	T€
Kassenbestand	**37**	45
Guthaben bei Kreditinstituten	**61.840**	72.440
	61.877	72.485

9. Rechnungsabgrenzungsposten

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** umfasst zum Bilanzstichtag ausschließlich im Voraus geleistete Auszahlungen.

10. Gezeichnetes Kapital

	31.12.2017 T€	Vorjahr T€
Stammaktien		
davon Inhaberaktien (1.703.680 Stück)	**87.478**	87.478
davon Namensaktien (53.240 Stück)	**2.732**	2.732
Stimmrechtslose Vorzugsaktien (112.772 Stück)	**5.790**	5.790
Rechnerischer Wert eigener Anteile	**-1.091**	-1.318
Ausgegebenes Kapital	**94.909**	94.682

Das **Grundkapital** 96.000 T€ der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, ist eingeteilt in 1.869.692 nennwertlose Stückaktien.

Die ausgegebenen Urkunden über Nennbetragsaktien bleiben gültig, wobei jede Nennbetragsaktie über ursprünglich 1.000 DM zehn Stückaktien bzw. jede Nennbetragsaktie über ursprünglich 100 DM eine Stückaktie verbrieft.

Bei den **Stimmrechtslosen Vorzugsaktien** handelt es sich um vinkulierte Namensaktien, die mit einer garantierten Vorzugsdividende von 2,80 € je Stückaktie ausgestattet sind.

Auf Grund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 6. Mai 2014 (gültig bis 5. Mai 2019, aufgehoben am 3. Mai 2017), und der neuen Ermächtigung, erteilt auf der Hauptversammlung vom 3. Mai 2017 (gültig bis 2. Mai 2022), hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, im Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017 insgesamt 630 Stück (1. Quartal: 97 Stück; 2. Quartal: 171 Stück; 3. Quartal: 109 Stück; 4. Quartal: 253 Stück) eigene stimmrechtslose Vorzugsaktien von ausgeschiedenen bzw. verstorbenen Mitarbeitern(innen) zum Durchschnittskurs von 104,61 € im rechnerischen Wert von 32.347,57 € (0,03 % des Grundkapitals) erworben. Im Berichtsjahr wurden 5.055 Stück eigene stimmrechtslose Vorzugsaktien an kommunal verwaltete Bürgerstiftungen zum Stückkurs von 104,82 € im Nominalwert von 259.550,77 € (0,27 % des Grundkapitals) ausgegeben.

Am 31. Dezember 2017 befanden sich 21.245 Stück eigene Stimmrechtslose Vorzugsaktien im rechnerischen Wert von 1.090.832,10 € (1,14 % des Grundkapitals) im Bestand.

11. Gewinnrücklagen

	1.1.2017 T€	Entnahmen T€	Einstellungen T€	31.12.2017 T€
Gesetzliche Rücklage	6.642	0	0	**6.642**
Andere Gewinnrücklagen	113.610	-35	7.671	**121.246**
	120.252	-35	7.671	**127.888**

In die **Anderen Gewinnrücklagen** wurden aus dem Jahresüberschuss 7.400 T€ eingestellt. Die Anderen Gewinnrücklagen sind in einer Höhe von 1.091 T€ auf Grund eigener Anteile ausschüttungsgesperrt (§ 71 Abs. 2, S. 2 AktG).

12. Bilanzgewinn

	31.12.2017	Vorjahr
	T€	T€
Gewinnvortrag vor Ausschüttung	**26.262**	11.117
Ausschüttung	**-11.064**	-11.067
Gewinnvortrag	**15.198**	50
Jahresüberschuss	**30.285**	51.212
Entnahmen aus Gewinnrücklagen wegen Erwerb eigener Anteile	**35**	37
Ertrag aus offener Absetzung des rechnerischen Wertes eigener Anteile	**32**	40
Aufwand aus Erwerb eigener Anteile	**-67**	-77
Einstellungen in Gewinnrücklagen aus Verkauf eigener Anteile	**-271**	0
Aufwand aus Wegfall der offenen Absetzung des rechnerischen Wertes eigener Anteile	**-259**	0
Erlös aus Verkauf eigener Anteile	**530**	0
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	**-7.400**	-25.000
Bilanzgewinn	**38.083**	26.262

13. Empfangene Ertragszuschüsse

	2017	Vorjahr
	T€	T€
Stand am Jahresanfang	**1.913**	1.592
Zugang	**193**	677
Auflösung	**-350**	-356
Stand am Jahresende	**1.756**	1.913

Die **Empfangenen Ertragszuschüsse** wurden von Kunden für Energieversorgungsanschlüsse und –anlagen geleistet.

14. Rückstellungen

	31.12.2017	Vorjahr
	T€	T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	**315.343**	308.585
Steuerrückstellungen	**20.931**	19.261
Sonstige Rückstellungen	**98.069**	109.990
	434.343	437.836

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** beinhalten auch die Verpflichtungen in Höhe von 150.260 T€ (Vorjahr: 152.045 T€) für ehemalige Mitarbeiter(innen) des Betriebsteils Netzbetrieb, die vor dem 1. Januar 2012 aus dem Unternehmen ausgeschieden sind.

Im Jahr 2016 wurde der Betrachtungszeitraum für die Berechnung des Durchschnittszinssatzes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB von 7 auf 10 Jahre verlängert. Der Unterschiedsbetrag zwischen den Bilanzansätzen von Pensionsrückstellungen bei einer Bewertung mit dem 10- und dem 7-Jahresdurchschnittszinssatz gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt 31.748 T€.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** haben sich wie folgt entwickelt:

	2017	Vorjahr
	T€	T€
Stand am Jahresanfang	**308.585**	318.650
Vermögensübertragung	**583**	188
Inanspruchnahme [1)]	**-23.019**	-22.858
Auflösung	**0**	-3.311
Zuführung	**29.194**	15.916
davon Aufwendungen nach Art. 67 Abs. 1 und 2 EGHGB	***0***	*6.968*
Stand am Jahresende	**315.343**	308.585

[1)] Die Inanspruchnahme enthält die Verrechnung mit Deckungsvermögen.

Im Berichtsjahr wurden **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** in Höhe von 318.752 T€ (Vorjahr: 311.944 T€) mit Deckungsvermögen in Höhe von 3.409 T€ (Vorjahr: 3.359 T€) bei Anschaffungskosten von 3.326 T€ (unverändert zum Vorjahr) verrechnet.

Die **Sonstigen Rückstellungen** stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

	31.12.2017 T€	Vorjahr T€
Personalbereich	**6.079**	7.810
Liefer- und Leistungsgeschäfte	**36.856**	43.752
Übrige Verpflichtungen	**55.134**	58.428
	98.069	109.990

Die **Übrigen Verpflichtungen** setzen sich im Wesentlichen aus den Rückstellungen für gesetzliche und vertragliche Risiken zusammen.

15. Verbindlichkeiten

		davon mit einer Restlaufzeit			
	31.12.2017	bis zu 1 Jahr	über 1 Jahr	über 5 Jahre	Vorjahr
	T€	T€	T€	T€	T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**90.350**	1.913	88.437	39.782	91.972
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	**12.966**	12.966	-	-	12.611
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	**61.239**	61.239	-	-	65.574
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	**6.816**	6.816	-	-	5.144
davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	***66***				*142*
davon sonstige Verbindlichkeiten	***6.750***				*5.002*
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	**3.588**	3.588	-	-	2.695
davon Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	***1.020***				*119*
davon sonstige Verbindlichkeiten	***2.568***				*2.576*
Sonstige Verbindlichkeiten	**19.340**	19.340	-	-	30.374
davon aus Steuern	***14.621***				*20.263*
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	***6***				*67*
	194.299	105.862	88.437	39.782	208.370

In den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind Darlehen in einer Höhe von 9.354 T€ (Vorjahr: 10.410 T€) durch Verpfändung von Wertpapieren und Guthabenkonten in Höhe von 9.200 T€ besichert. Die übrigen Verbindlichkeiten sind bis auf die üblichen Eigentumsvorbehalte unbesichert.

Bei den **Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen** handelt es sich um Anzahlungen von Kunden aus dem Strom- und Gasbereich im Zusammenhang mit unserer Vertriebsplattform 1·2·3energie sowie um Anzahlungen zur Errichtung einer Kraft-Wärme-Koppelungsanlage.

In den **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** werden Verbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme einer Kreditlinie mit der Pfalzwerke Netz AG, Ludwigshafen am Rhein, und kurzfristige Forderungen (inkl. Ergebnisabführung) verrechnet. Die Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten erfolgt nur bei Vorliegen einer Aufrechnungslage. Zum 31. Dezember 2017 ergibt sich nach Saldierung eine Verbindlichkeit.

16. Haftungsverhältnisse nach § 251 i.V.m. § 268 Abs. 7 HGB

	31.12.2017 T€	Vorjahr T€
Bürgschaften/Garantien/Sicherheitsleistungen [1]	**7.300**	8.064
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	***1.568***	*390*
davon gegenüber assoziierten Unternehmen	***250***	*250*
Haftungsverhältnisse auf Grund Patronatserklärungen [2]	**6.789**	11.122
davon gegenüber verbundenen Unternehmen [3]	***6.789***	*11.122*
	14.089	19.186

[1] Die Garantien sind mit jährlichen Höchstbeträgen berücksichtigt.
[2] Gegenüber folgenden assoziierten Unternehmen bestehen Patronatserklärungen mit einem nicht quantifizierten Höchstbetrag: prego services GmbH, Saarbrücken, und VOLTARIS GmbH, Maxdorf.
[3] Gegenüber folgenden verbundenen Unternehmen bestehen Patronatserklärungen mit einem nicht quantifizierten Höchstbetrag: Pfalzwerke Neue Energie Bubenheim GmbH & Co. KG, Bubenheim, zugunsten der Deutsche Leasing Finance GmbH, Bad Homburg vor der Höhe.

Entsprechend der im Risikomanagement definierten Kriterien ist das Risiko der Inanspruchnahme der hier ausgewiesenen Posten zu gering, um sie als Rückstellung zu passivieren.

Gemäß § 133 Abs. 1 Umwandlungsgesetz (UmwG) haften PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, und Pfalzwerke Netz AG, Ludwigshafen am Rhein, gesamtschuldnerisch für im Rahmen der Ausgliederung der Pfalzwerke Netz AG, Ludwigshafen am Rhein, zugewiesene Verbindlichkeiten der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, die vor dem Wirksamwerden der Ausgliederung (Eintragung ins Handelsregister der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, am 23. November 2012) begründet worden sind.

Die Haftung desjenigen Rechtsträgers, dem diese Verbindlichkeiten im Ausgliederungsvertrag nicht zugewiesen worden sind, ist jedoch beschränkt auf einen Zeitraum von fünf bzw. im Fall von Versorgungsverpflichtungen auf Grund des Betriebsrentengesetzes zehn Jahren nach Bekanntmachung der Eintragung der Ausgliederung im Handelsregister der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, (§133 Abs. 3 UmwG).

17. Nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommene Geschäfte nach § 285 Nr. 21 HGB

Wesentliche, nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommene Geschäfte nach § 285 Nr. 21 HGB, lagen im Berichtsjahr bei der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, nicht vor.

18. Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte nach § 285 Nr. 3 HGB

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte gemäß § 285 Nr. 3 HGB betreffen Verpflichtungen aus Leasing- und Mietverträgen in Höhe von 2.559 T€ (Vorjahr: 3.116 T€). Die Angaben beziehen sich grundsätzlich auf die Gesamtlaufzeiten der Verträge.

Bei den nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften nach § 285 Nr. 3 HGB handelt es sich um Verpflichtungen aus KFZ-Leasingverträgen und Mietverträgen für IT-Hardware. Diese Verträge stellen eine Finanzierungsalternative dar, durch

die im Wesentlichen eine Liquiditäts- und Eigenkapitalschonung erreicht wird. Ein Risiko besteht dann, wenn die geleasten und/oder gemieteten Gegenstände nicht dauerhaft benötigt werden. Eine Chance besteht darin, dass durch die Mietverträge das wirtschaftliche Risiko nicht auf die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, übergeht. Als weitere Vorteile sind vor allem die Flexibilität hinsichtlich Verfügbarkeit und Preisgestaltung zu nennen.

19. Sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ist die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3a HGB eingegangen. Diese ergeben sich aus dem Bestellobligo aus begonnenen Investitionsprojekten in Höhe von 30.405 T€ (Vorjahr: 21.908 T€), davon gegenüber verbundenen bzw. assoziierten Unternehmen 1.831 T€ bzw. 1.790 T€ (Vorjahr: 973 T€ bzw. 1.796 T€). Die Angaben beziehen sich grundsätzlich auf die Gesamtlaufzeiten der Verträge.

20. Derivative Finanzinstrumente

Angaben nach § 285 Nr. 19 und Nr. 23 HGB

Bei den bilanzierten Finanzinstrumenten stellen die ausgewiesenen Beträge der finanziellen Vermögenswerte und Schulden das maximale Bonitäts- oder Ausfallrisiko dar. Soweit bei den finanziellen Vermögenswerten Ausfall/Kursrisiken erkennbar sind, werden diese Risiken durch Wertberichtigungen erfasst. Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten sind in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Bei den bilanzierungspflichtigen Commodity-Stromderivaten handelt es sich um Derivate, die zu Eigenhandelszwecken gehalten werden. Nicht berücksichtigt sind Warentermingeschäfte, die abgeschlossen wurden, um einen physischen Bedarf des Unternehmens aus zukünftigen Energielieferverpflichtungen für Strom und Gas abzudecken sowie CO_2-Zertifikate aus dem Emissionshandel.

Der Nominalwert der eingesetzten Commodity-Stromderivate beträgt zum Bilanzstichtag 29.396 T€ (Vorjahr: 19.232 T€). Der Marktwert (beizulegende Zeitwert) beträgt 58 T€ (Vorjahr: 38 T€). Der beizulegende Zeitwert ergibt sich aus einer Mark-to-market-Ermittlung der offenen Positionen zum Bilanzstichtag und berücksichtigt zusätzlich Gewinne und Verluste aus geschlossenen Positionen. Zum Bilanzstichtag lagen keine offenen Commodity-Optionen vor.

Die zinsbezogenen Geschäfte betreffen Zinsswaps mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Die Summe der Nominalwerte der bei der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, eingesetzten Zinssicherungsgeschäfte (Swaps) beträgt 42.700 T€. Der Marktwert (beizulegende Wert aller Swaps) zum Bilanzstichtag beträgt -3.372 T€. Dieser wurde nach der Barwertmethode ermittelt.

Vertragsportfolios Vertrieb (IDW RS ÖFA 3; Bilanzierung von Energiebeschaffungs- und Energieabsatzverträgen bei Energieversorgungsunternehmen)

Im Rahmen der allgemeinen Geschäftstätigkeit verkaufen die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, Energie mit zukünftigem Lieferdatum an Endverbraucher. Bei den schwebenden Beschaffungsgeschäften handelt es sich um physisch zu erfüllende Warentermingeschäfte, die der Marktpreissicherung für zukünftige Energielieferverpflichtungen für Strom und Gas dienen. Diese werden für Zwecke der Bewertung zu Portfolios zusammengefasst (1·2·3energie, Standardlastprofil und registrierende Leistungsmessung).

Im Geschäftsfeld der Industriekunden werden die Energiebezugspreise durch eine bedarfsgerechte Beschaffung abgesichert, d. h. zum Zeitpunkt der Anmeldung des Kundenbedarfes werden die Liefermengen eingedeckt, die mit dem Kunden vereinbart sind (Portfolio-Hedge). Preisrisiken sind damit dem Grunde nach ausgeschlossen. Mengenrisiken aus Lieferverträgen werden über Toleranzbandregelungen minimiert.

Für die Liefermengen an Privat- und Gewerbekunden (mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen) erfolgt eine strukturierte Beschaffung (Tranchenmodell), wobei auch zukünftige Prognosedaten für Energieliefermengen für Strom und Gas in branchenüblichen Zeiträumen (maximal bis 2021 für Strom bzw. maximal bis 2021 für Gas) berücksichtigt werden (Portfolio-Hedge).

Es erfolgt eine portfoliobezogene Deckungsbeitragsrechnung, in der die Portfolien sachgerecht voneinander abgegrenzt werden (d. h. im Einklang mit der Portfoliosteuerung). Die Energiebezugsaufwendungen werden dabei mittels Transferpreismodell zugeordnet. Das ermöglicht sowohl eine zukunfts- (Planung) als auch vergangenheitsorientierte Betrachtung (Backtesting). Die Ergebnisse der Deckungsbeitragsrechnung können auf die Gewinn- und Verlustrechnung übergeleitet werden.

Der Gesamtbetrag der nicht in der Bilanz enthaltenen Zahlungsverpflichtungen aus am Abschlussstichtag schwebenden Energiebeschaffungsgeschäften für Strom und Gas beträgt 179.112 T€ bzw. 76.445 T€. Zum Bilanzstichtag lagen keine offenen Commodity-Optionen für das Vertragsportfolio Vertrieb vor. Drohverlustrückstellungen sind gemäß Deckungsbeitragsrechnung nicht zu bilden.

Bewertungseinheiten Eigenhandel

Neben der Beschaffungsoptimierung im Vertriebsgeschäft ist der Handel von Commodity-Derivaten zur Erzielung von Handelsgewinnen in engen, klar definierten Grenzen gestattet. Der Eigenhandel erfolgt limitiert und wird durch eine vom Handel getrennte Organisationseinheit, dem Risikocontrolling, überwacht.

Eine Gewinnerzielung im jeweiligen Handelsportfolio wird durch den Abschluss von Gegengeschäften (Glattstellung) erreicht. Die Glattstellung der Position ist nur mit gleichen oder gleichartigen Produkten des jeweiligen Commodity, die der gleichen Risikoart unterliegen, möglich. Durch die kompensatorische Wirkung von Short- und Long-Positionen werden die Risiken aus Marktpreisänderungen abgesichert (Portfolio-Hedge). Die Effektivität der Bewertungseinheit (Portfolioansatz) wird mittels einer Mark-to-market-Bewertung belegt und beträgt 100 %. Auf diese Weise wird die kompensatorische Wirkung der Marktwerte aller Short- und Long-Positionen innerhalb eines Portfolios aufgezeigt und sichergestellt. Die Bilanzierung erfolgt nach der Einfrierungsmethode, bei der Wertänderungen des Grund- und Sicherungsgeschäfts eingefroren und in der Bilanz sowie in der GuV unberücksichtigt gelassen werden, soweit der Eintritt der

Risiken ausgeschlossen ist. Der Betrag des Grundgeschäftes (14.669 T€) wird durch das Sicherungsgeschäft abgesichert.

Physisch zu erfüllende Geschäfte werden bei Glattstellung bis zur Energielieferung im Handelsportfolio weitergeführt (bis 2020). Eine Teildesignation von Sicherungsinstrumenten in Form einer Entnahme von derivativen Finanzinstrumenten aus dem Handelsportfolio vor deren physischer oder finanzieller Realisation ist entsprechend der Risikostrategie des Unternehmens und Zielsetzung des Handelsbestandes nicht gestattet.

Bewertungseinheiten Zinssicherungsgeschäfte

Zur Absicherung von Zinsrisiken aus dem variabel verzinsten Investitionsdarlehen (Grundgeschäft) in Höhe von 2.700 T€ (zum Ultimo 2017) hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, einen Zinsswap (Sicherungsgeschäft) am 13. Oktober 2006 abgeschlossen. Durch den Zinsswap werden die vierteljährlichen, variablen Zahlungsströme in vierteljährliche, fixe Zahlungsströme in Höhe von 4,60 % p. a. umgewandelt. Der Marktwert (beizulegende Wert) zum Bilanzstichtag beträgt -473 T€. Dieser wurde nach der Barwertmethode ermittelt. Der Nominalwert, die Tilgungsstruktur und die Laufzeit entsprechen dabei jenen des Investitionsdarlehens des Grundgeschäfts. Die deckungsgleiche Abstellung (vollumfänglicher Ausgleich der gegenläufigen Zahlungsstromänderungen) des Zinsswaps auf das Darlehen besitzt einen reinen Absicherungscharakter. Die Bilanzierung erfolgt nach der Einfrierungsmethode, bei der Wertänderungen des Grund- und Sicherungsgeschäfts eingefroren und in der Bilanz sowie in der GuV unberücksichtigt gelassen werden, soweit der Eintritt der Risiken ausgeschlossen ist.

Zur Absicherung von Zinsrisiken aus variabel verzinsten Teiltranchen der Schuldschein-Emission 2013 (Grundgeschäft) in Höhe 40.000 T€ (zum Ultimo 2017) hat die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, mehrere Zinsswaps (Sicherungsgeschäfte) am 30. September 2013, 9. Oktober 2013, 15. Oktober 2013, 18. Oktober 2013 und am 22. November 2013 abgeschlossen. Durch die Zinsswaps werden die halbjährlichen, variablen Zahlungsströme in halbjährliche, fixe Zahlungsströme in Höhe von 2,42 % p. a. bzw. 3,12 % p.a. umgewandelt (Mikro-Hedge). Der Marktwert (beizulegende Wert) zum Bilanzstichtag beträgt -2.899 T€. Dieser wurde nach der Barwertmethode ermittelt. Die Nominalwerte, die Tilgungsstrukturen und die Laufzeiten entsprechen dabei jenen der Teiltranchen der Schuldschein-Emission. Die deckungsgleiche Abstellung (vollumfänglicher Ausgleich der gegenläufigen Zahlungsstromänderungen) der Zinsswaps auf die Schuldscheine besitzt einen reinen Absicherungscharakter. Die Bilanzierung erfolgt nach der Einfrierungsmethode.

Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen (100 %) wird über die Critical Terms Match-Methode ermittelt und nachgewiesen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

21. Umsatzerlöse

	2017 T€	Vorjahr T€
Umsatzerlöse aus Strom- und Gaslieferungen einschließlich Strom- und Energiesteuer	**891.464**	1.058.340
Strom- und Energiesteuer	**-85.503**	-113.568
Umsatzerlöse aus Strom- und Gaslieferungen ohne Strom- und Energiesteuer	**805.961**	944.772
Sonstige Umsatzerlöse	**37.135**	27.089
Umsatzerlöse	**843.096**	971.861

In den **Umsatzerlösen aus Strom- und Gaslieferungen einschließlich Strom- und Energiesteuer** (bei positivem Gesamtergebnis) bzw. im Materialaufwand (bei negativem Gesamtergebnis) sind die Handelsmargen aus realisierten Energiehandelsgeschäften und energiebezogenen Derivaten enthalten.

Die entsprechenden Bruttowerte betragen für die **Umsatzerlöse aus Strom- und Gaslieferungen einschließlich Strom- und Energiesteuer** 1.014.912 T€ (Vorjahr: 1.120.769 T€).

Der Nettoausweis der Handelsgeschäfte führt im Geschäftsjahr zu einem um 123.448 T€ (Vorjahr: 62.429 T€) niedrigeren Umsatz gegenüber dem Bruttoumsatz. Der Nettoausweis ermöglicht eine realistische Darstellung der Umsatzsituation.

Unter den **Umsatzerlösen Strom und Gaslieferungen** sind wegen des rollierenden Systems bei der Jahresverbrauchsabrechnung neben tatsächlich abgerechneten Erlösen auch Schätzwerte ausgewiesen.

Im Posten **Sonstige Umsatzerlöse** befinden sich Erlöse aus dem Wärme- und Dienstleistungsbereich mit Dritten sowie aus der Lieferung bzw. Errichtung von Windkraftanlagen.

In den **Umsatzerlösen** sind periodenfremde Umsatzerlöse in Höhe von -2.627 T€ (Vorjahr: -9.637 T€) enthalten. Die Umsatzerlöse werden nahezu ausschließlich im Inland erzielt.

22. Sonstige betriebliche Erträge

	2017	Vorjahr
	T€	T€
Erträge aus der Auflösung von Sonstigen Rückstellungen	**11.536**	17.380
Erträge aus der Auflösung von Einzel- und Pauschalwertberichtigung	**149**	4.832
Erträge aus Abgängen von Gegenständen sowie Erträge aus Zuschreibungen des Anlagevermögens	**46**	277
Sonstige periodenfremde Erträge	**1.709**	443
Übrige Erträge	**4.732**	5.229
	18.172	28.161

23. Materialaufwand

	2017	Vorjahr
	T€	T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	**747.323**	880.457
Aufwendungen für bezogene Leistungen	**22.115**	17.183
	769.438	897.640

Die **Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren** betreffen überwiegend den Energiebezug für das Strom- und Gasgeschäft.

In den Umsatzerlösen (bei positivem Gesamtergebnis) bzw. in den **Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren** (bei negativem Gesamtergebnis) sind die Handelsmargen aus realisierten Energiehandelsgeschäften und energiebezogenen Derivaten enthalten.

Die entsprechenden Bruttowerte betragen für den **Materialaufwand** 892.886 T€ (Vorjahr: 960.069 T€).

Der Nettoausweis der Handelsgeschäfte führt im Geschäftsjahr zu einem um 123.448 T€ (Vorjahr: 62.429 T€) niedrigeren Wert. Der Nettoausweis ermöglicht eine realistische Darstellung des Materialaufwands.

Es sind periodenfremde Materialaufwendungen in Höhe von -6.089 T€ (Vorjahr: -12.294 T€) enthalten.

Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** enthalten im Wesentlichen Fremdlieferungen und -leistungen, z. B. für Instandhaltungsmaßnahmen und fremdbezogene Dienstleistungen.

24. Personalaufwand

	2017	Vorjahr
	T€	T€
Löhne und Gehälter	**22.246**	21.483
Soziale Abgaben	**3.352**	3.126
Aufwendungen für Altersversorgung	**6.938**	486
	32.536	25.095

25. Abschreibungen

	2017	Vorjahr
	T€	T€
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	**2.219**	2.005
Abschreibungen auf Sachanlagen	**3.890**	4.120
Abschreibungen geringwertiger Wirtschaftsgüter	**128**	110
	6.237	6.235

26. Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2017	Vorjahr
	T€	T€
Fremdlieferungen und -leistungen	**20.684**	20.916
Zuführung zur Rückstellung für gesetzliche und vertragliche Risiken	**3.373**	1.000
Rechts- und Beratungskosten	**3.263**	2.129
Wertberichtigungen auf Forderungen	**1.829**	4.023
Sonstige periodenfremde Aufwendungen	**423**	203
Aufwendungen nach Art. 67 Abs. 1 und 2 EGHGB	**0**	6.968
Übrige Aufwendungen	**20.786**	22.788
	50.358	58.027

In den **Übrigen Aufwendungen** sind sonstige Steuern in Höhe von 1.139 T€ (Vorjahr: 1.111 T€), hiervon periodenfremde sonstige Steuern in Höhe von 1.092 T€ (Vorjahr: -256 T€) enthalten.

Das **Finanzergebnis** setzt sich aus dem **Beteiligungs**- und dem **Zinsergebnis** zusammen.

27. Beteiligungsergebnis

	2017 T€	Vorjahr T€
Erträge aus Beteiligungen	**9.466**	9.080
davon aus verbundenen Unternehmen	***1.959***	*2.384*
Erträge aus Gewinnabführung	**50.838**	50.064
Aufwendungen aus Verlustübernahme	**-334**	0
	59.970	59.144

In den **Erträgen aus Gewinnabführung** sind Erträge auf Grund eines Ergebnisabführungsvertrages mit der Pfalzwerke Netz AG, Ludwigshafen am Rhein, enthalten; in den **Aufwendungen aus Verlustübernahme** sind Aufwendungen auf Grund eines Ergebnisabführungsvertrages mit der Pfalzwerke geofuture GmbH, Ludwigshafen am Rhein, enthalten.

28. Zinsergebnis

	2017 T€	Vorjahr T€
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	**5.463**	8.388
davon aus verbundenen Unternehmen	***1.775***	*3.212*
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	**2.869**	2.359
davon aus verbundenen Unternehmen	***280***	*426*
Abschreibungen auf Finanzanlagen	**-1.229**	-61
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	**-1.281**	-797
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	**-25.883**	-14.680
davon an verbundene Unternehmen	***-111***	*-206*
	-20.061	-4.791

Der Posten **Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens** enthält vorwiegend Erträge aus Fonds-Anteilen und sonstigen Darlehen. Zinserträge in Höhe von 87 T€ (Vorjahr: 89 T€) resultieren aus Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Bei den unter **Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge** ausgewiesenen Beträgen handelt es sich insbesondere um Zinserträge aus Steuererstattungen, aus der Anlage liquider Mittel in Festgeldern und Wertpapieren des Umlaufvermögens.

Bei den **Abschreibungen auf Finanzanlagen** handelt es sich um Abschreibungen auf Beteiligungen.

Die **Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens** resultieren aus den zum Bilanzstichtag anzusetzenden niedrigeren beizulegenden Werten.

Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** beinhalten den Zinsanteil (Aufwendungen aus der Aufzinsung) aus der Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie aus den Rückstellungen für Arbeitnehmerjubiläen und Frühruhestand in einer Gesamthöhe von 22.747 T€ (Vorjahr: 8.488 T€).

Der Zinsänderungseffekt bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen beträgt -10.593 T€ (Aufwand) (Vorjahr: 3.861 T€ (Ertrag)). Im Jahr 2016 wurde der Betrachtungszeitraum für die Berechnung des Durchschnittszinssatzes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB von 7 auf 10 Jahre verlängert.

Die Erträge aus der Änderung des Zeitwerts des Deckungsvermögens sind mit 50 T€ (Vorjahr: 48 T€) berücksichtigt.

29. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2017	**Vorjahr**
	T€	**T€**
Körperschaftsteuer (inkl. Solidaritätszuschlag)	**6.998**	14.817
davon aus Vorjahren	***-991***	*4.136*
Gewerbesteuer	**3.709**	8.137
davon aus Vorjahren	***-3.401***	*-1.014*
	10.707	22.954

In der Position **Körperschaftsteuer** ist auch der Solidaritätszuschlag mit 283 T€ enthalten (Vorjahr: 296 T€).

Auf die Berechnung einer gesonderten Steuerumlage im Rahmen der körperschaft- und gewerbesteuerlichen Organschaften mit Tochtergesellschaften wurde verzichtet.

Das Ergebnis nach Steuern entspricht dem Jahresüberschuss, da die sonstigen Steuern im Sonstigen betrieblichen Aufwand enthalten sind.

30. Erträge und Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung

Im Berichtsjahr liegen keine Erträge oder Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung vor.

31. Kapitalflussrechnung gemäß DRS 21

		2017 T€	Vorjahr T€
	Jahresüberschuss	**30.285**	**51.212**
+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	7.466	6.296
+/-	Zunahme/Abnahme der langfristigen Rückstellungen	7.643	-5.618
+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	931	3.312
=	**Brutto-Cashflow**	**46.325**	**55.202**
+/-	Zunahme/Abnahme der kurzfristigen Rückstellungen	-10.824	15.357
-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	19.356	-13.916
+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-44.282	-6.780
-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	128	-262
+/-	Zinsaufwendungen/Zinserträge	-5.197	-4.554
-	Sonstige Beteiligungserträge [1)]	-9.133	-9.630
+/-	Ertragsteueraufwand/-ertrag	10.707	22.954
-/+	Ertragsteuerzahlungen	-7.145	-12.875
=	**Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit**	**-65**	**45.496**
+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0
-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-7.009	-4.524
+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1.111	230
-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.776	-2.190
+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	7.144	37.042
-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-44.146	-28.613
+	Erhaltene Zinsen	8.332	10.747
+	Erhaltene Dividenden [1)]	10.016	9.562
=	**Cashflow aus der Investitionstätigkeit**	**-26.328**	**22.254**
=	**Netto-Cashflow / Übertrag** (Summe Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit und Cashflow aus der Investitionstätigkeit)	**-26.393**	**67.750**

[1)] Aus wirtschaftlicher Sicht werden die Erträge aus der Ergebnisabführung der Pfalzwerke Netz AG, Ludwigshafen am Rhein, nicht bei Sonstige Beteiligungserträge/Erhaltene Dividenden korrigiert.

		2017	Vorjahr
		T€	T€
=	**Netto-Cashflow / Übertrag**	**-26.393**	**67.750**
-/+	Veränderung eigene Anteile	463	-77
+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	30	0
-	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-1.652	-1.616
+	Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen	193	677
-	Gezahlte Zinsen	-3.135	-6.193
-	Gezahlte Dividenden	-11.064	-11.067
=	**Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit**	**-15.165**	**-18.276**
=	**Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds** (Summe Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit, Cashflow aus der Investitionstätigkeit und Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit)	**-41.558**	**49.474**
+	Zugang Finanzmittelfonds aus Verschmelzung	0	468
-/+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	45.585	-4.357
=	**Finanzmittelfonds am Ende der Periode**	**4.027**	**45.585**
	Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	61.877	72.485
	Kreditmittellinie Pfalzwerke Netz AG, Ludwigshafen am Rhein	-57.850	-26.900

32. Aktivitäten-Abschlüsse

Nach der Ausgliederung des gesamten Netzbereichs einschließlich des Netzeigentums auf die Pfalzwerke Netz AG, Ludwigshafen am Rhein, im Jahr 2012 bleibt die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen und unterliegt somit der nach § 6b EnWG geforderten Entflechtung im internen Rechnungswesen. Die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, ist aber seither nicht mehr in den in § 6b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1-6 EnWG genannten Tätigkeitsbereichen tätig, ebenso wenig nimmt sie die diesen in § 6b Abs. 3 Satz 2 EnWG gleichgestellte Tätigkeit (Nutzung eines Eigentumsrechtes an Netzen) wahr, sondern allein andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie sonstige Tätigkeiten außerhalb des Strom- und Gassektors. Für diese Tätigkeiten führt sie jeweils getrennte Konten; separate Spartenabschlüsse sind für diese Tätigkeiten aber nicht erforderlich.

33. Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen gemäß § 6 b Abs. 2 EnWG

Im Jahr 2017 wurden folgende Geschäfte größeren Umfangs, die aus dem Rahmen der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen und für die Beurteilung der Vermögens- und Ertragslage des Unternehmens nicht von untergeordneter Bedeutung sind, mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, getätigt: mit der Pfalzwerke Netz AG, Ludwigshafen am Rhein, Zinserträge von 128 T€, aus dem Verbindlichkeitssaldo des Cashpoolings (Stand 31. Dezember 2017 : 57.850 T€) Zinsaufwendungen von 41 T€, für Personalgestellung und Dienstleistungen für die Querschnittsfunktion Portfoliomanagement (Gesamtwert: 7.805 T€), für weitere Dienstleistungen (Gesamtwert: 2.512 T€) und mit der PfalzKom Gesellschaft für Telekommunikation mbH, Ludwigshafen am Rhein, für Kapitaleinlage (6.500 T€) sowie aus Darlehensgewährung (21.520 T€).

34. Anzahl der Arbeitnehmer(innen) (Stammbelegschaft) im Jahresdurchschnitt

	2017	**Vorjahr**
Angestellte	**258**	249
Gewerbliche Arbeitnehmer	**21**	18
Stammbelegschaft	**279**	267

35. Abschlussprüferhonorare

Die Angaben zu den Honoraren der Abschlussprüfer erfolgen im Konzernabschluss der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein.

36. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine weiteren Vorgänge eingetreten, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, wesentlich wären.

37. Anteilseigner der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Am Grundkapital des Unternehmens waren am 31. Dezember 2017 der Bezirksverband Pfalz, Kaiserslautern, mit mehr als der Hälfte und die innogy SE, Essen, mit mehr als dem vierten Teil beteiligt. Mitteilungen über die Beteiligungsverhältnisse nach § 20 AktG liegen vor.

Der im Jahr 2012 im Bundesanzeiger veröffentlichte Text lautet: „Der Bezirksverband Pfalz hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihm an unserer Gesellschaft sowohl mehr als der vierte Teil der Aktien als auch eine Mehrheitsbeteiligung gehört."

Der im Jahr 2016 im Bundesanzeiger veröffentlichte Text lautet: „Die RWE International SE, Essen, hat uns – auch namens und im Auftrag der RWE Aktiengesellschaft, Essen, – gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass der RWE International SE an unser Gesellschaft mehr als der vierte Teil der Anteile gehört. Die Mehrheit der Anteile an der RWE International SE hält die RWE Downstream Beteiligungs GmbH, Essen. Die Mehrheit der Anteile an der Downstream Beteiligungs GmbH hält die RWE Aktiengesellschaft, Essen, der damit gemäß § 20 Abs. 1 i.V.m. § 16 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4 AktG mehr als der vierte Teil der Anteile an unserem Unternehmen zuzurechnen ist." Am 16. September 2016 wurde mitgeteilt, dass die RWE International SE, Essen, mit Wirkung zum 1. September 2016 in innogy SE, Essen, umfirmierte. Eine Umschreibung im Aktienregister wurde vorgenommen.

38. Unternehmensorgane

Aufsichtsrat

Theo Wieder
Vorsitzender,
Oberbürgermeister der
Stadt Frankenthal a. D.,
Vorsitzender des Bezirkstags Pfalz,
Frankenthal

Heike Fried
stellv. Vorsitzende,
Vorsitzende des Betriebsrates der
PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
und der Pfalzwerke Netz AG,
Offenbach a. d. Queich

Günther Ramsauer
stellv. Vorsitzender,
Beigeordneter (Kulturdezernent) der Stadt
Ludwigshafen am Rhein a. D.,
Ludwigshafen am Rhein

Dr. Stefan Richter
stellv. Vorsitzender,
Leiter Regulierungsmanagement der innogy SE,
Essen

Walter Altvater
Pensionär (ehem. SAP Consultant CO bei der SAINT-GOBAIN Services Construction Products GmbH),
Mutterstadt
(seit 3. Mai 2017)

Dr. Gabriël Clemens
Mitglied des Vorstandes der
VSE Aktiengesellschaft,
Saarbrücken

Peter Doland
Sachbearbeiter bei der Pfalzwerke Netz AG,
Ludwigshafen am Rhein

Peter Ernst
Netzleiter bei der Pfalzwerke Netz AG,
Contwig
(seit 3. Mai 2017)

Günter Eymael
Staatssekretär a. D.,
Bad Dürkheim
(bis 3. Mai 2017)

Dr. Bernhard Matheis
Oberbürgermeister der Stadt Pirmasens,
Pirmasens
(seit 3. Mai 2017)

Peter Oriwol
freigestelltes Mitglied des Betriebsrates der
PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
und der Pfalzwerke Netz AG,
Frankenthal

Manfred Petry
Pensionär (Geschäftsleitender Beamter a. D. beim Vermessungs- und Katasteramt Kaiserslautern),
Frankenstein
(seit 3. Mai 2017)

Georg Rösner
Fachvormonteur bei der Pfalzwerke Netz AG,
Mandelbachtal
(bis 3. Mai 2017)

Manfred Schwarz
Pensionär (ehem. Dipl.-Ing. bei der BASF SE),
2. stellv. Vorsitzender des Bezirkstags Pfalz,
Ludwigshafen am Rhein

Karl-Heinz Seebald
Bürgermeister der Verbandsgemeinde
Rockenhausen a. D.,
Rockenhausen
(bis 3. Mai 2017)

Dr. Steffen Zimmermann
Dipl.-Physiker, Software Product Manager bei der Accenture CAS GmbH,
Mainz
(bis 3. Mai 2017)

Vorstand

Dr. rer. pol. Werner Hitschler
Dipl.-Kfm.,
Frankenthal

René Chassein
Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing.,
Wallhalben

Im Berichtsjahr betrugen die Bezüge des Aufsichtsrats 128 T€. Ehemalige Vorstandsmitglieder und die Hinterbliebenen ehemaliger Vorstandsmitglieder bezogen im Jahr 2017 insgesamt 785 T€.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern und deren Hinterbliebenen sind Rückstellungen in Höhe von 7.913 T€ gebildet.

Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands wird unter Bezugnahme auf § 286 Absatz 4 HGB verzichtet.

39. Verwendung des Bilanzgewinns

Es wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein, für das Geschäftsjahr 2017 wie folgt zu verwenden:

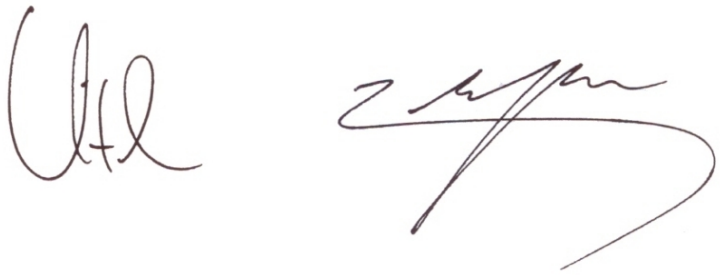
Ausschüttung einer Dividende von 7,00 €

je gewinnberechtigte Stückaktie	12.939.129,00 €

Bei dem angegebenen Betrag für die Dividende sind die zum 31. Dezember 2017 dividendenberechtigten Aktien berücksichtigt. Die von der Gesellschaft gehaltenen eigenen Aktien sind gemäß § 71 b AktG nicht dividendenberechtigt. Sollte die Zahl der eigenen Aktien, die von der Gesellschaft im Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gehalten werden, größer sein als zum 31. Dezember 2017 , vermindert sich der an die Aktionäre auszuschüttende Betrag um den Dividendenteilbetrag, der auf die Differenz an Aktien entfällt. Der dann verbleibende Teil des Bilanzgewinns, der einen Gewinnvortrag in Höhe von 25.143.780,48 € enthält, wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Ludwigshafen am Rhein, am 7. März 2018

Der Vorstand



Dr. Werner Hitschler René Chassein

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, Ludwigshafen am Rhein – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den

anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Wir haben die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, geprüft.

Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, in allen wesentlichen Belangen erfüllt.

Wir haben unsere Prüfung nach § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ weitergehend beschrieben.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie zur Einhaltung dieser Pflichten als notwendig erachtet haben.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt wurden sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zur Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet. Die Prüfung umfasst die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Mannheim, den 7. März 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT
SIEGEL
FRANKFURT AM MAIN Zweigniederlassung Mannheim

Dirk Fischer
Wirtschaftsprüfer

ppa. Andreas Hellwig
Wirtschaftsprüfer

PFALZWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
Kurfürstenstraße 29
67061 Ludwigshafen
www.pfalzwerke.de

Tel.: 0621 585-0
Fax: 0621 585-2896

PFALZWERKE